



Verfassungsgerichtshof

**Entscheid Nr. 33/2022
vom 10. März 2022
Geschäftsverzeichnissnr. 7330**

In Sachen: Klage auf teilweise Nichtigerklärung des Gesetzes vom 22. Mai 2019 « zur Abänderung verschiedener Bestimmungen in Bezug auf die Verwaltung der polizeilichen Informationen », erhoben von der VoG « Ligue des droits humains ».

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten P. Nihoul und L. Lavrysen, und den Richtern J.-P. Moerman, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters, S. de Bethune und E. Bribosia, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten P. Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klage und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 17. Dezember 2019 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 18. Dezember 2019 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob die VoG « Ligue des droits humains », unterstützt und vertreten durch RÄin C. Forget, in Brüssel zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 4, 7, 8, 13, 14, 21 und 22 des Gesetzes vom 22. Mai 2019 « zur Abänderung verschiedener Bestimmungen in Bezug auf die Verwaltung der polizeilichen Informationen » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 19. Juni 2019).

Der Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA B. Lombaert, RÄin S. Adriaenssen und RÄin J. Simba, in Brüssel zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagende Partei hat einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht, und der Ministerrat hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 20. Oktober 2021 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter T. Detienne und D. Pieters beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung

eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 10. November 2021 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache am 10. November 2021 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf den Kontext der angefochtenen Bestimmungen

B.1.1. Die klagende Partei beantragt die teilweise Nichtigerklärung des Gesetzes vom 22. Mai 2019 « zur Abänderung verschiedener Bestimmungen in Bezug auf die Verwaltung der polizeilichen Informationen » (nachstehend: angefochtenes Gesetz).

Dieses Gesetz bezweckt die Anpassung der Rechtsvorschriften zur Verwaltung von personenbezogenen Daten und Informationen durch die Polizeidienste im Anschluss an die am 27. April 2016 erfolgte Annahme der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates « zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) » (nachstehend: DSGVO) und der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates « zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates » (nachstehend: Polizeirichtlinie) (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC. 54-3697/001, S. 5).

Im Hinblick auf die Ausführung der DSGVO und die Umsetzung der Polizeirichtlinie hat der belgische Gesetzgeber eine Rahmengesetzgebung angenommen, die insbesondere aus dem Gesetz vom 3. Dezember 2017 « zur Schaffung der Datenschutzbehörde » (nachstehend:

Gesetz vom 3. Dezember 2017) und dem Gesetz vom 30. Juli 2018 « über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten » (nachstehend: Gesetz vom 30. Juli 2018) besteht.

In Titel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 wird der für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizeidienste geltende allgemeine Rahmen festgelegt. Das angefochtene Gesetz zielt darauf ab, diesen allgemeinen Rahmen « in konkreter Weise in den bestehenden operativen und statutarischen Rechtsvorschriften über die integrierte Polizei » umzusetzen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 6).

B.1.2. Durch das angefochtene Gesetz werden zwei andere Gesetze abgeändert. In erster Linie ändert es das Gesetz vom 5. August 1992 « über das Polizeiamt » (nachstehend: Gesetz über das Polizeiamt) ab.

Die an dem Gesetz über das Polizeiamt vorgenommenen Abänderungen sind in Titel II Kapitel 1 des angefochtenen Gesetzes aufgeführt (Artikel 2 bis 26).

B.1.3. Das angefochtene Gesetz ändert auch das Gesetz vom 7. Dezember 1998 « zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes » ab.

Die an dem vorerwähnten Gesetz vom 7. Dezember 1998 vorgenommenen Abänderungen sind in Titel II Kapitel 2 des angefochtenen Gesetzes aufgeführt (Artikel 27 bis 33).

B.1.4. Das angefochtene Gesetz ist am 29. Juni 2019 in Kraft getreten.

In Bezug auf die Zulässigkeit

B.2.1. Da die von der klagenden Partei angeführten Beschwerdegründe ausschließlich gegen die Artikel 4, 7, 8, 13, 14, 21 und 22 des angefochtenen Gesetzes gerichtet sind, ist die Klage nur zulässig, insoweit sie gegen diese Artikel gerichtet ist.

B.2.2. Der Ministerrat bestreitet die Zulässigkeit der meisten der in dem einzigen Klagegrund angeführten Beschwerdegründe mit der Begründung, dass sie nicht ausreichend

dargelegt seien oder dass sie gegen andere als die angefochtenen Gesetzesbestimmungen gerichtet seien. Außerdem führt er an, dass der einzige Klagegrund unzulässig sei, weil der Gerichtshof nicht befugt sei, eine unmittelbare Prüfung von Gesetzgebungsakten der Europäischen Union (die vorerwähnte Polizeirichtlinie) vorzunehmen.

B.2.3. Der Gerichtshof ist befugt, gesetzeskräftige Normen anhand der Regeln zur Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Föderalbehörde, Gemeinschaften und Regionen sowie anhand der Artikel von Titel II (« Die Belgier und ihre Rechte ») und der Artikel 143 § 1, 170, 172 und 191 der Verfassung zu prüfen.

Alle Beschwerdegründe beziehen sich auf einen Verstoß gegen eine oder mehrere dieser Regeln, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet. Soweit die klagende Partei ferner auch einen Verstoß gegen einen Gesetzgebungsakt der Europäischen Union erführt/anführt, prüft der Gerichtshof die Beschwerdegründe nur insoweit, als die klagende Partei einen Verstoß gegen die vorerwähnten Verfassungsbestimmungen in Verbindung mit dem betreffenden Akt geltend macht. In diesem Umfang sind die Beschwerdegründe zulässig.

B.2.4.1. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

B.2.4.2. Im fünften Teil des einzigen Klagegrunds macht die klagende Partei geltend, dass Artikel 44/11/3 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 14 des angefochtenen Gesetzes, gegen die in B.3 erwähnten Referenznormen verstoße, insofern der Gesetzgeber die Verpflichtung, bei dem Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen (nachstehend: Kontrollorgan) eine vorherige Erklärung über die Einrichtung jeder neuen Datenbank abzugeben, durch ein System ersetzt hat, mit dem das Kontrollorgan über das einzige Register der Verarbeitungsvorgänge der Polizeidienste aktiv benachrichtigt wird.

Die klagende Partei legt jedoch nicht dar, inwiefern die angefochtene Bestimmung gegen diese Referenznormen verstoßen würde. Sie beschränkt sich darauf festzustellen, dass eine solche extreme Einschränkung der Rechte der betroffenen Personen eine vorherige Kontrolle erfordern würde, präzisiert allerdings nicht, warum die angefochtene Bestimmung, die eine andere Garantie enthält, nicht zum Schutz dieser Rechte ausreichen würde.

Folglich ist der fünfte Teil des einzigen Klagegrunds unzulässig.

B.2.4.3. Im siebten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass Artikel 44/11/9 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 22 des angefochtenen Gesetzes, gegen die in B.3 erwähnten Referenznormen verstoße, insofern er eine zwingende Stellungnahme des Kontrollorgans im Fall der Mitteilung von personenbezogenen Daten an öffentliche Behörden nicht vorschreibe.

Die klagende Partei beschränkt sich darauf zu betonen, dass eine solche Garantie « im vorliegenden Fall fehlt », ohne zu präzisieren, inwiefern diese Garantie notwendig wäre. Sie kommt so ihrer Pflicht dazulegen, inwiefern diese Referenznormen durch die angefochtene Bestimmung verletzt würden, nicht nach.

Demzufolge ist der siebte Teil des einzigen Klagegrunds unzulässig.

B.2.4.4. Der Gerichtshof prüft die anderen Teile des einzigen Klagegrunds und die darin erhobenen Beschwerdegründe ebenfalls nur, insoweit sie die in B.2.4.1 erwähnten Erfordernisse erfüllen.

B.2.5. Die Frage, ob die angeführten Beschwerdegründe ihren Ursprung in anderen Bestimmungen als den angefochtenen Bestimmungen haben, hängt von deren Tragweite ab. Die Prüfung dieser Einrede der Unzulässigkeit deckt sich mit der Prüfung der Sache selbst.

In Bezug auf den einzigen Klagegrund

B.3. Der einzige Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln 14, 15, 16, 17 und 28 der

Polizeirichtlinie, mit den Artikeln 6 und 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, mit den Artikeln 7, 8, 47 und 52 Absatz 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (nachstehend: Charta) und mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Transparenz, der Vorhersehbarkeit, der Legalität und der Gleichheit.

Nach Auffassung der klagenden Partei verletzt das angefochtene Gesetz das Recht auf Achtung des Privatlebens, das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten und das Recht auf eine wirksame Beschwerde, die durch diese Bestimmungen gewährleistet werden. Bei mehreren durch das angefochtene Gesetz eingeführten Maßnahmen werde das Legalitätsprinzip nicht beachtet und sie seien unverhältnismäßig.

In Bezug auf das Recht auf Achtung des Privatlebens und des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten

B.4.1. Artikel 22 der Verfassung bestimmt:

« Jeder hat ein Recht auf Achtung vor seinem Privat- und Familienleben, außer in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch Gesetz festgelegt sind.

Das Gesetz, das Dekret oder die in Artikel 134 erwähnte Regel gewährleistet den Schutz dieses Rechtes ».

B.4.2. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

« (1) Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.

(2) Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer ».

B.4.3. Der Verfassungsgeber hat eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention angestrebt (*Parl. Dok.*, Kammer, 1992-1993, Nr. 997/5, S. 2).

Die Tragweite dieses Artikels 8 entspricht derjenigen der vorerwähnten Verfassungsbestimmung, sodass die durch die beiden Bestimmungen gebotenen Garantien ein untrennbares Ganzes bilden.

B.4.4. Das Recht auf Achtung des Privatlebens, so wie es durch die vorerwähnten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen gewährleistet wird, bezweckt im Wesentlichen, die Personen gegen Einmischungen in ihr Privatleben zu schützen.

In dem Vorschlag, der der Annahme von Artikel 22 der Verfassung vorausging, wurde « der Schutz der Person, die Anerkennung ihrer Identität, die Bedeutung ihrer Entfaltung sowie derjenigen seiner Familie » hervorgehoben, sowie die Notwendigkeit, das Privat- und Familienleben vor « den Gefahren einer Einmischung, unter anderem als Folge der ständigen Entwicklung der Informationstechniken, wenn Maßnahmen zur Ermittlung, Untersuchung und Kontrolle durch die Behörden und durch private Einrichtungen bei der Ausführung ihrer Funktionen oder Tätigkeiten durchgeführt werden » zu schützen (*Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 100-4/2°, S. 3). In dem Vorschlag wurde ebenso ausgeführt, dass der Gesetzgeber « das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens auf keinerlei Weise aushöhlen darf, andernfalls verletzt er nicht nur eine Verfassungsbestimmung, sondern auch internationale Rechtsvorschriften » (ebenda).

Das Recht auf Achtung des Privatlebens hat eine weitreichende Tragweite und umfasst unter anderem den Schutz der personenbezogenen Daten und der persönlichen Information. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zeigt, dass, u. a. folgende personenbezogene Daten und Informationen unter den Schutzbereich dieses Rechts fallen: der Name, die Adresse, die professionellen Aktivitäten, die persönlichen Beziehungen, digitale Fingerabdrücke, Kamerabilder, Fotos, Kommunikationsdaten, DNA-Daten, gerichtliche Daten (Verurteilung oder Verdacht), finanzielle Daten und Informationen über Eigentum (siehe insbesondere EuGHMR, 26. März 1987, *Leander gegen Schweden*, §§ 47-48; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, §§ 66-68; 17. Dezember 2009, *B.B. gegen Frankreich*, § 57; 10. Februar 2011, *Dimitrov-Kazakov gegen Bulgarien*, §§ 29-31; 18. Oktober 2011, *Khelili gegen Schweiz*, §§ 55-57; 9. Oktober 2012, *Alkaya gegen Türkei*, § 29; 18. April 2013, *M.K. gegen Frankreich*, § 26; 18. September 2014, *Brunet gegen Frankreich*, § 31).

B.4.5. Das Recht auf Achtung des Privatlebens ist jedoch kein absolutes Recht. Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention schließen eine Einmischung der Behörden in die Ausübung dieses Rechts nicht aus, sofern eine solche durch eine ausreichend präzise gesetzliche Bestimmung vorgesehen ist, sie einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entspricht und sie im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel steht. Diese Bestimmungen beinhalten außerdem die positive Verpflichtung für die Behörden, Maßnahmen zu ergreifen, die eine tatsächliche Achtung des Privatlebens gewährleisten, selbst in der Sphäre der gegenseitigen Beziehungen zwischen Einzelpersonen (EuGHMR, 27. Oktober 1994, *Kroon und andere gegen Niederlande*, § 31; Große Kammer, 12. November 2013, *Söderman gegen Schweden*, § 78).

Der Gesetzgeber verfügt in dem Zusammenhang über einen Ermessensspielraum. Dieser Ermessensspielraum ist gleichwohl nicht grenzenlos: Damit eine Norm sich mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens vereinbaren lässt, ist es erforderlich, dass der Gesetzgeber ein gerechtes Gleichgewicht zwischen allen betroffenen Rechten und Interessen schafft. Bei der Beurteilung dieses Gleichgewichts berücksichtigt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte unter anderem die Bestimmungen des Übereinkommens des Europarates vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (nachstehend: Übereinkommen Nr. 108) und der Empfehlung Nr. R (87) 15 des Ministerkomitees an die Vertragsstaaten über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich (nachstehend: Empfehlung Nr. R (87) 15) (EuGHMR, 25. Februar 1997, *Z gegen Finnland*, § 95; Große Kammer, 4. Dezember 2008, 2010, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, § 103).

Das Übereinkommen Nr. 108 beinhaltet u. a. die Grundsätze in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten: Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Transparenz, Zweckbindung, Verhältnismäßigkeit, Richtigkeit, Speicherbegrenzung, Integrität, Vertraulichkeit und Rechenschaftspflicht.

Dasselbe Übereinkommen wird durch ein Änderungsprotokoll aktualisiert, das am 10. Oktober 2018 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde.

B.5.1. Wenn die Charta der Grundrechte der Europäischen Union Rechte enthält, die den durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierten Rechten entsprechen, « haben

sie die gleiche Bedeutung und Tragweite, wie sie ihnen in der genannten Konvention verliehen wird ». Diese Bestimmung bringt die Bedeutung und Tragweite der in der Charta garantierten Rechte mit den entsprechenden durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierten Rechten in Einklang.

In den Erläuterungen zur Charta (2007/C 303/02), die im *Amtsblatt* vom 14. Dezember 2007 veröffentlicht wurden, ist angegeben, dass unter den Artikeln, « die dieselbe Bedeutung und Tragweite wie die entsprechenden Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention haben », Artikel 7 der Charta Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht.

Der Gerichtshof weist diesbezüglich darauf hin, dass « Artikel 7 der Charta, der das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens betrifft, Rechte enthält, die den in Artikel 8 Absatz 1 [der Europäischen Menschenrechtskonvention (nachstehend: EMRK)] gewährleisteten Rechten entsprechen, und dass diesem Artikel 7 gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Charta somit die gleiche Bedeutung und Tragweite beizumessen ist wie Artikel 8 Absatz 1 EMRK in seiner Auslegung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte » (EuGH, 17. Dezember 2015, C-419/14, *WebMindLicenses Kft.*, Randnrn. 70; 14. Februar 2019, C-345/17, *Buivids*, Randnr. 65).

Bezüglich Artikel 8 der Charta ist der Gerichtshof der Auffassung, dass « wie aus Artikel 52 Absatz 3 Satz 2 der Charta hervorgeht, Artikel 52 Absatz 3 Satz 1 der Charta dem nicht [entgegensteht], dass das Recht der Union einen weiter gehenden Schutz gewährt als die EMRK » und dass « Artikel 8 der Charta ein anderes als das in ihrem Art. 7 verankerte Grundrecht [betrifft], für das es in der EMRK keine Entsprechung gibt » (EuGH, Große Kammer, 21. Dezember 2016, C-203/15 und C-698/15, *Tele2 Sverige*, Randnr. 129).

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass innerhalb des Geltungsbereichs des Rechts der Europäischen Union Artikel 22 der Verfassung, Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 7 der Charta analoge Grundrechte gewährleisten, während Artikel 8 der Charta einen spezifischen Rechtsschutz für personenbezogene Daten bietet.

B.5.2. Der Gerichtshof der Europäischen Union ist der Auffassung, dass sich die Achtung des Rechts auf Privatleben hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten auf jede Information erstreckt, die eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person betrifft (EuGH, Große Kammer, 9. November 2010, C-92/09 und C-93/09, *Volker und Markus Schecke und Eifert*, Randnr. 52; 16. Januar 2019, C-496/17, *Deutsche Post AG*, Randnr. 54).

B.6. Die Polizeirichtlinie legt in den Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und der polizeilichen Zusammenarbeit spezifische Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden « zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit » fest, wobei den Besonderheiten dieser Tätigkeiten Rechnung getragen wird (Artikel 1 Absatz 1 der Polizeirichtlinie).

Wie aus den Artikeln 2 Absatz 1 und 9 Absätze 1 und 2 der Polizeirichtlinie und deren Erwägungsgründen 11, 12 und 34, Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe d der DSGVO und deren Erwägungsgrund 19 hervorgeht, fällt die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zu den in Artikel 1 Absatz 1 der vorerwähnten Polizeirichtlinie genannten Zwecken der Strafjustiz unter diese Richtlinie und nicht unter die DSGVO. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu anderen als den Zwecken der Strafjustiz, die zum Geltungsbereich des Unionsrechts gehört, unterliegt hingegen der DSGVO.

B.7. Wie in Artikel 25 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 angegeben ist, wird mit Titel 2 dieses Gesetzes die Polizeirichtlinie umgesetzt.

Wie in Artikel 27 desselben Gesetzes präzisiert ist, findet Titel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 Anwendung auf die « Verarbeitungen personenbezogener Daten seitens der zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit ». Zuständige Behörden im Sinne von Titel 2 sind: die Polizeidienste im Sinne von Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 « zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes », die Gerichtsbehörden und die anderen in Artikel 26 Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 genannten Behörden.

Die Polizeidienste unterliegen somit Titel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018, wenn sie personenbezogene Daten im Hinblick auf einen der in Artikel 27 dieses Gesetzes aufgezählten Zwecke der Strafjustiz verarbeiten. Wie in B.6 erwähnt, unterliegen die Polizeidienste hingegen der DSGVO und den Maßnahmen zu deren Ausführung im innerstaatlichen Recht für Verarbeitungen personenbezogener Daten, die zu anderen als den Zwecken der Strafjustiz durchgeführt werden, zum Beispiel für Verarbeitungen zu Zwecken der Verwaltung der personellen Ressourcen der Polizeidienste (*Parl. Dok., Kammer, 2017-2018, DOC 54-3126/001, SS. 17 und 69*).

Das Kontrollorgan ist die Aufsichtsbehörde für die Polizeidienste. Es ist mit der Aufsicht über die Anwendung des Titels 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018, mit der Kontrolle der Verarbeitung der in den Artikeln 44/1 bis 44/11/13 des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnten Informationen und personenbezogenen Daten, einschließlich derjenigen, die in den in Artikel 44/2 desselben Gesetzes erwähnten Datenbanken enthalten sind, und mit jeder anderen durch oder aufgrund anderer Gesetze erteilten Aufgabe beauftragt (Artikel 71 § 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018). Die Bestimmungen zur Zusammensetzung, zu den Aufträgen, Befugnissen und zur Finanzierung dieses Organs bilden Titel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 (Artikel 231 bis 251).

Was die Reihenfolge der Prüfung der Beschwerdegünde betrifft

B.8. Die klagende Partei bemängelt mehrere Aspekte des angefochtenen Gesetzes, die der Gerichtshof in der folgenden Reihenfolge prüft:

1. die besonderen Datenkategorien (Artikel 44/1 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt);
2. die Verknüpfung der polizeilichen Datenbanken (Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt);
3. die Verarbeitung von Daten über Personen, die Gegenstand einer administrativen Maßnahme sind (Artikel 44/5 § 1 Absatz 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Polizeiamt);

4. die Aufbewahrung und Archivierung der Daten (Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt);

5. der direkte Zugriff der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf die Allgemeine Nationale Datenbank (nachstehend: AND) (Artikel 44/11/8bis des Gesetzes über das Polizeiamt).

In Bezug auf die besonderen Datenkategorien (Artikel 44/1 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt)

B.9. Im ersten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass Artikel 44/1 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, ersetzt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, im Widerspruch zum Recht auf Achtung des Privatlebens und zum Recht auf den Schutz personenbezogener Daten, die durch die in B.3 erwähnten Bestimmungen gewährleistet werden, stehe, insofern erstens die Zwecke der Verarbeitung von Gesundheitsdaten und genetischen Daten nicht ausreichend klar seien, zweitens die Frist für die Speicherung der biometrischen Daten und der Gesundheitsdaten unverhältnismäßig sei, drittens die vorgesehenen Garantien nicht ausreichend seien und viertens die betroffenen Personen weder über ein Recht auf Auskunft zu den besonderen Datenkategorien noch über einen wirksamen Rechtsbehelf verfügten.

B.10.1. Artikel 10 der Polizeirichtlinie bestimmt:

« Die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung ist nur dann erlaubt, wenn sie unbedingt erforderlich ist und vorbehaltlich geeigneter Garantien für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person erfolgt und:

- a) wenn sie nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten zulässig ist;
- b) der Wahrung lebenswichtiger Interessen der betroffenen oder einer anderen natürlichen Person dient oder

c) wenn sie sich auf Daten bezieht, die die betroffene Person offensichtlich öffentlich gemacht hat ».

Im Erwägungsgrund 37 der Polizeirichtlinie heißt es:

« Personenbezogene Daten, die ihrem Wesen nach hinsichtlich der Grundrechte und Grundfreiheiten besonders sensibel sind, verdienen einen besonderen Schutz, da im Zusammenhang mit ihrer Verarbeitung erhebliche Risiken für die Grundrechte und Grundfreiheiten auftreten können. Diese personenbezogenen Daten sollten personenbezogene Daten umfassen, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft hervorgeht, wobei die Verwendung des Begriffs ‘ rassische Herkunft ’ in dieser Richtlinie nicht bedeutet, dass die Union Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener menschlicher Rassen zu belegen, gutheißt. Solche personenbezogenen Daten sollten nur dann verarbeitet werden, wenn die Verarbeitung vorbehaltlich geeigneter Garantien für die durch Rechtsvorschriften festgelegten Rechte und Freiheiten der betroffenen Person erfolgt und in durch Rechtsvorschriften geregelten Fällen erlaubt ist oder anderenfalls zur Wahrung lebenswichtiger Interessen der betroffenen Person oder einer anderen Person erforderlich ist oder aber sich auf Daten bezieht, die die betroffene Person offensichtlich öffentlich gemacht hat. Zu den geeigneten Garantien für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person kann beispielsweise zählen, dass diese Daten nur in Verbindung mit anderen Daten über die betroffene natürliche Person erhoben werden dürfen, die erhobenen Daten hinreichend gesichert werden müssen, der Zugang der Mitarbeiter der zuständigen Behörde zu den Daten strenger geregelt und die Übermittlung dieser Daten verboten wird. Die Verarbeitung solcher Daten sollte ebenfalls durch Rechtsvorschriften erlaubt sein, wenn die betroffene Person der Datenverarbeitung, die besonders stark in ihre Privatsphäre eingreift, ausdrücklich zugestimmt hat. Die Einwilligung der betroffenen Person allein sollte jedoch noch keine rechtliche Grundlage für die Verarbeitung solcher sensibler personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden liefern ».

Aus Artikel 10 der Polizeirichtlinie in Verbindung mit deren Erwägungsgrund 37 geht hervor, dass die besonderen Kategorien personenbezogener Daten personenbezogene Daten sind, die ihrem Wesen nach hinsichtlich der Grundrechte und Grundfreiheiten besonders sensibel sind. Es handelt sich um personenbezogene Daten, aus denen « die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung ».

B.10.2. Artikel 34 des Gesetzes vom 30. Juli 2018, mit dem Artikel 10 der Polizeirichtlinie umgesetzt wird, bestimmt:

« § 1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung ist nur dann erlaubt, wenn sie unbedingt erforderlich ist und vorbehaltlich geeigneter Garantien für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person erfolgt und nur in folgenden Fällen:

1. wenn die Verarbeitung nach Gesetz, Dekret, Ordonnanz, nach dem Recht der Europäischen Union oder nach internationaler Übereinkunft zulässig ist,
2. wenn die Verarbeitung für die Verteidigung lebenswichtiger Interessen der betroffenen oder einer anderen natürlichen Person notwendig ist,
3. wenn die Verarbeitung sich auf Daten bezieht, die die betroffene Person offensichtlich öffentlich gemacht hat.

§ 2. In den in § 1 erwähnten geeigneten Garantien wird zumindest vorgesehen, dass die zuständige Behörde oder der Verantwortliche eine Liste der Kategorien von Personen erstellt, die Zugriff auf personenbezogene Daten haben, wobei ihre Funktion in Bezug auf die Verarbeitung der betreffenden Daten beschrieben werden muss. Diese Liste wird zur Verfügung der zuständigen Aufsichtsbehörde gehalten.

Die zuständige Behörde sorgt dafür, dass die benannten Personen durch eine gesetzliche oder statutarische Vorschrift oder eine gleichwertige Vertragsbestimmung verpflichtet sind, den vertraulichen Charakter der betreffenden Daten zu wahren ».

B.11.1. Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes ersetzt Paragraph 2 von Artikel 44/1 des Gesetzes über das Polizeiamt. Infolge dieser Abänderung bestimmt Artikel 44/1 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« En vue d'exercer leurs missions, les services de police peuvent traiter les catégories particulières de données à caractère personnel visées à l'article 34 de la loi relative à la protection des données en complément ou en soutien d'autres catégories de données visées à l'article 44/5.

En plus de la condition visée à l'alinéa 1er :

1° les données biométriques sont traitées uniquement dans le but d'assurer l'identification certaine de la personne concernée visée à l'article 44/5, § 1er, 2° à 7° et § 3 1° à 6°. Les données biométriques des personnes visées au § 3, 7° à 9°, et au § 4 de l'article 44/5 sont traitées uniquement sur la base du consentement de la personne concernée ou lorsqu'elles sont manifestement rendues publiques par la personne concernée ou encore pour sauvegarder les intérêts vitaux de la personne concernée ou d'une autre personne physique. Lorsque le traitement des données biométriques en vue de l'identification unique des personnes concernées, en particulier par le recours aux nouvelles technologies, est susceptible d'engendrer un risque élevé pour les droits et libertés des personnes concernées, le responsable du traitement ou son sous-traitant consulte l'Organe de contrôle;

2° les données relatives à la santé sont traitées uniquement dans le but de comprendre le contexte lié à la personne concernée, ainsi que pour assurer la sécurité et protéger la santé de toute personne susceptible d'entrer en contact avec les personnes concernées dans le cadre de l'intervention policière. Lorsque des données relatives à la santé sont traitées, il est mentionné si ces données proviennent ou non de professionnels de soins de la santé. Le traitement de données relatives à la santé visé dans cet article n'a jamais pour conséquence de contraindre les personnes concernées à se soumettre à des examens médicaux;

3° le traitement des données génétiques concerne uniquement la collecte des données génétiques et l'enregistrement des mentions administratives liées au profil génétique, à l'exclusion de la comparaison des profils génétiques ou de l'identification du numéro de code ADN et s'effectue dans le cadre de l'exercice des missions de police judiciaire et de l'application de la législation relative à la protection civile.

Lors des traitements de données à caractère personnel visés dans ce paragraphe, les garanties suivantes en matière de protection des données à caractère personnel sont d'application :

1° les catégories de personnes, ayant accès aux données à caractère personnel, sont désignées par le responsable du traitement ou, le cas échéant, par le sous-traitant, avec une description de leur fonction par rapport au traitement des données visées;

2° la liste des catégories des personnes ainsi désignées pour traiter les données visées dans ce paragraphe est tenue à la disposition de l'Organe de contrôle par le responsable du traitement ou, le cas échéant, par le sous-traitant;

3° les personnes désignées sont tenues, par une obligation légale ou statutaire, ou par une disposition contractuelle équivalente, au respect du caractère confidentiel des données visées;

4° une distinction claire est opérée entre les catégories de personnes visées à l'article 44/5;

5° des mesures techniques ou organisationnelles appropriées sont adoptées pour protéger les données à caractère personnel contre la destruction accidentelle ou non autorisée, contre la perte accidentelle ainsi que contre la modification ou tout autre traitement non autorisé de ces données;

6° les responsables du traitement indiquent dans leur politique de protection des données les actions à mener pour protéger le traitement de ces catégories de données et pour assurer la qualité des données traitées notamment pour les aspects liés à l'évaluation de leur exactitude, leur exhaustivité, leur fiabilité et leur niveau de mise à jour. Les délégués à la protection des données compétents veillent à assurer le suivi de cette politique.

Le Roi peut prévoir d'autres garanties complémentaires appropriées ».

B.11.2. Aufgrund von Artikel 44/1 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 4 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes, können die Polizeidienste im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufträge und entsprechend den in Artikel 27 des Gesetzes vom 30. Juli 2018

erwähnten strafgerichtlichen Zwecken - wie in B.7 dargelegt - Informationen und personenbezogene Daten verarbeiten, « sofern diese Informationen und Daten angesichts der verwaltungs- und richtspolizeilichen Zwecke, für die sie erhoben und später verarbeitet werden, angemessen, sachdienlich und nicht übertrieben sind ».

Artikel 44/1 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, ersetzt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, legt den gesetzlichen Rahmen für Verarbeitungen von besonderen Kategorien personenbezogener Daten durch die Polizeidienste fest. Aufgrund dieser Bestimmung werden die besonderen Kategorien personenbezogener Daten « in Ergänzung oder zur Unterstützung » der Hauptverarbeitung, auf die sich eine der in Artikel 44/5 des Gesetzes über das Polizeiamt aufgezählten Datenkategorien bezieht, verarbeitet (Artikel 44/1 § 2 Absatz 1). Diesbezüglich wurde in den Vorarbeiten präzisiert:

« Les données à caractère personnel qui révèlent l'origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, les convictions religieuses ou philosophiques, l'appartenance syndicale ainsi que les données concernant la vie sexuelle ou l'orientation sexuelle d'une personne physique sont uniquement traitées de manière incidente par rapport à un traitement principal portant sur l'une des catégories de données énumérées à l'art. 44/5. Tel sera par exemple le cas d'une enquête portant sur des agressions homophobes » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 11-12).

Die Verarbeitung der besonderen Kategorien von Daten erfolgt zudem vorbehaltlich der in Artikel 44/1 § 2 Absatz 3 des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnten Garantien, zu denen die zwei in Artikel 34 § 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 vorgesehenen Mindestgarantien zählen. Nach Artikel 44/1 § 2 Absatz 4 des Gesetzes über das Polizeiamt kann der König andere geeignete zusätzliche Garantien vorsehen. Die Verarbeitung von biometrischen Daten, Gesundheitsdaten und genetischen Daten unterliegt darüber hinaus den Bedingungen, die für jede dieser besonderen Kategorien von Daten in Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt vorgesehen sind.

Aufgrund von Artikel 44/3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 6 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes, erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, « die in Artikel 44/1 [des Gesetzes über das Polizeiamt] erwähnt sind, einschließlich der Verarbeitung in den in Artikel 44/2 erwähnten Datenbanken » gemäß dem Gesetz vom 30. Juli 2018. Die Verarbeitung der besonderen Kategorien von Daten, die in

dem vorerwähnten Artikel 44/1 Paragraph 2 des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnt sind, erfolgt folglich ebenfalls gemäß dem Gesetz vom 30. Juli 2018.

Was die Zwecke der Verarbeitung der Gesundheitsdaten und genetischen Daten betrifft

B.12. Die klagende Partei führt in Bezug auf die Gesundheitsdaten an, dass die Formulierung « den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen », die in Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, erwähnt ist, nicht ausreichend klar sei. In Bezug auf die genetischen Daten ist sie der Auffassung, dass die Formulierungen « Erfüllung der gerichtspolizeilichen Aufträge » und « Anwendung der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz », die in Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 3 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, erwähnt sind, nicht ausreichend präzise seien.

B.13.1. Artikel 22 der Verfassung behält dem zuständigen Gesetzgeber die Befugnis vor, festzulegen, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen das Recht auf Achtung des Privatlebens beeinträchtigt werden kann. Somit garantiert er jedem Bürger, dass eine Einmischung in die Ausübung dieses Rechts nur aufgrund von Regeln erfolgen darf, die durch eine demokratisch gewählte beratende Versammlung angenommen wurden.

Eine Ermächtigung einer anderen Gewalt steht jedoch nicht im Widerspruch zum Legalitätsprinzip, sofern die Ermächtigung ausreichend präzise beschrieben ist und sich auf die Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Folglich müssen die wesentlichen Elemente der Verarbeitungen personenbezogener Daten im Gesetz selbst festgelegt sein. Diesbezüglich sind die wesentlichen Elemente unabhängig von dem betroffenen Bereich grundsätzlich die folgenden Elemente: 1.) die Kategorien der verarbeiteten Daten; 2.) die betroffenen Personenkategorien; 3.) der mit der Verarbeitung verfolgte Zweck; 4.) die Personenkategorien, die Zugriff auf die verarbeiteten Daten haben, und 5.) die maximale Dauer der Aufbewahrung der Daten (Gutachten der Generalversammlung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates Nr. 68.936/AG vom 7. April 2021 zu einem

Vorentwurf des Gesetzes « über die verwaltungspolizeilichen Maßnahmen in einer epidemischen Notlage », *Parl. Dok.*, Kammer, 2020-2021, DOC 55-1951/001, S. 119).

B.13.2. Neben dem formalen Erfordernis der Legalität wird durch Artikel 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den Artikeln 7, 8 und 52 der Charta ebenfalls die Verpflichtung auferlegt, dass die Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens und das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten deutlich und ausreichend präzise formuliert wird, damit es möglich ist, die Fälle vorherzusehen, in denen der Gesetzgeber eine solche Einmischung erlaubt.

Auf dem Gebiet des Datenschutzes bedeutet dieses Erfordernis der Vorhersehbarkeit, dass ausreichend präzise vorgesehen werden muss, unter welchen Umständen Verarbeitungen von personenbezogenen Daten erlaubt sind (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, § 57; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, § 99).

Jeder muss somit eine ausreichend klare Vorstellung von den verarbeiteten Daten, den von einer bestimmten Datenverarbeitung betroffenen Personen und den Bedingungen und Zwecken dieser Verarbeitung haben können.

Insbesondere, wenn das Auftreten der Behörden eine geheime Beschaffenheit aufweist, muss das Gesetz ausreichende Garantien gegen willkürliche Einmischungen in das Recht auf Achtung des Privatlebens bieten, nämlich einerseits, indem die Ermessensbefugnis der betreffenden Behörden ausreichend deutlich abgegrenzt wird, und andererseits, indem Verfahren vorgesehen werden, die eine wirksame gerichtliche Kontrolle ermöglichen (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, § 55; 6. Juni 2006, *Segerstedt-Wiberg gegen Schweden*, § 76; 4. Juli 2006, *Lupsa gegen Rumänien*, § 34).

Das erforderliche Maß der Präzision der betreffenden Gesetzgebung - in der nicht alle Fälle vorgesehen werden können - hängt unter anderem von dem Bereich ab, der geregelt wird, sowie von der Anzahl und der Eigenschaft der Personen, an die sich das Gesetz richtet (EuGHMR, Große Kammer, 12. Januar 2010, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, §§ 95 und 96). So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geurteilt, dass das Erfordernis der Vorhersehbarkeit in Bereichen, die die nationale Sicherheit betreffen, nicht die gleiche

Tragweite haben kann wie in anderen Bereichen (EuGHMR, 26. März 1987, *Leander gegen Schweden*, § 51; 4. Juli 2006, *Lupsa gegen Rumänien*, § 33).

1) Gesundheitsdaten

B.14.1. Aufgrund von Artikel 26 Nr. 14 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 sind Gesundheitsdaten « personenbezogene Daten, die sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit einer natürlichen Person, einschließlich der Erbringung von Gesundheitsleistungen, beziehen und aus denen Informationen über deren Gesundheitszustand hervorgehen ».

B.14.2. Die Verarbeitung von Gesundheitsdaten durch die Polizeidienste unterliegt den in B.11.2 zitierten Bedingungen, die nach Artikel 44/1 § 2 Absätze 1 und 3 des Gesetzes über das Polizeiamt für jede Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten gelten. Zudem darf nach Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 2 desselben Gesetzes, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, die Verarbeitung von Gesundheitsdaten durch die Polizeidienste (1) nur « mit dem Ziel, den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen » und « um die Sicherheit von allen Personen, die mit dem im Rahmen des Polizeieinsatzes betroffenen Personen in Kontakt treten könnten, zu gewährleisten und deren Gesundheit zu schützen », (2) mit dem Vermerk, ob diese Daten von Fachkräften der Gesundheitspflege stammen oder nicht, und (3) ohne die Folge zu haben, dass die betroffenen Personen gezwungen werden, sich ärztlichen Untersuchungen zu unterziehen, erfolgen.

Aus den Vorarbeiten geht hervor, dass die letztgenannte Bestimmung eingefügt wurde, damit Einsätze, ob geplant oder nicht geplant, völlig sicher durchgeführt werden können und vermieden werden kann, dass Polizeibeamte und andere bei einem Einsatz anwesende Personen Gefahr laufen, sich mit einer Infektionskrankheit anzustecken:

« La disposition concernant les données relatives à la santé est insérée en raison du fait que les fonctionnaires de police et les assistants et agents de sécurisation de police, ainsi que les personnes placées sous leur protection, le personnel de secours, les personnes arrêtées, les avocats qui prêtent leur assistance dans le cadre d'auditions (notamment pour la concertation confidentielle) et les experts judiciaires (interprètes) courent toujours le risque d'être contaminés par des maladies hautement contagieuses. Ce risque se pose en cas de bagarres, fouilles, incidents impliquant des morsures, arrestations, ... »

Au-delà de la gestion émotionnelle, d'autres questions subsistent, comme la grande incertitude quant à une éventuelle contamination. Les tests médicaux concernant certaines maladies infectieuses ne peuvent souvent livrer un résultat certain que des mois après l'infection présumée. En attendant, la personne concernée, tout comme sa famille, reste confrontée à une douloureuse incertitude. Pareille situation peut également engendrer une incapacité de travail.

Dans certains cas, il y a également un intérêt à permettre une intervention rapide en vue d'un traitement médicamenteux prophylactique post-exposition. Par exemple, après un incident impliquant un contact avec une seringue, un traitement à l'aide d'inhibiteurs du VIH peut être nécessaire (de préférence dans les 2 heures, et au maximum dans les 72 heures) afin de réduire au maximum le risque d'infection. Comme le traitement à l'aide d'inhibiteurs du VIH provoque parfois des effets secondaires, il est nécessaire d'effectuer une juste appréciation entre le risque encouru et la charge du traitement.

De surcroît, il peut être utile de savoir, en fonction d'informations obtenues lors de précédentes confrontations, pourquoi un changement d'humeur soudain ou une réaction de panique peut se produire chez une personne concernée. Chez certaines personnes présentant un trouble du développement, certaines situations peuvent en effet provoquer des réactions violentes. Lorsque de telles réactions sont apparues lors d'une précédente intervention, il est important que cet élément d'information puisse être traité. Les informations en ce sens peuvent également s'avérer utiles par rapport à l'enfermement d'une personne. Elles peuvent conduire la police à décider de prévoir des mesures adaptées en cas d'enfermement (surveillance complémentaire, ...) dans l'intérêt de la santé de la personne qui fait l'objet d'une privation de liberté administrative ou judiciaire.

Les services de police peuvent dès lors disposer de certaines informations sur la base d'éléments directement obtenus (p.e. : la personne concernée l'a spontanément signalé), ou d'expériences vécues lors de précédentes interventions (p.e. changement d'humeur soudain ou réaction de panique lors de l'enfermement, agression envers d'autres personnes arrêtées, ...). Le traitement d'une catégorie de données à caractère personnel tel que prévu à l'article 44/5 [de la loi sur la fonction de police] peut être assorti de mesures à prendre. Cela ne peut toutefois entraîner de mesures discriminatoires ni de mesures excessives de sécurisation (p.e. une tenue de protection trop voyante). Le but est uniquement de permettre aux interventions, planifiées ou non (estimation des risques lorsqu'une personne est transférée en prison ou menée devant un magistrat), de se dérouler en toute sécurité. En particulier, le personnel peut être informé préalablement à l'intervention (p.e. : lorsqu'une équipe d'intervention part effectuer une mission, lors de l'arrestation d'une personne connue, lorsqu'une assistance est fournie à un huissier de justice, ...).

Il peut être renvoyé à l'article 2 de la CEDH et à l'obligation positive d'un État de protéger les citoyens lorsqu'il existe une menace réelle contre leur vie (et leur santé). En outre, le législateur prévoit également une possibilité d'obliger un suspect à coopérer à un test sanguin afin de vérifier si une maladie contagieuse a été transmise lors de la commission d'un délit. (articles 524^{quater} e.s. Code d'instruction criminelle) » (*Parl. Dok., Kammer, DOC 54-3697/001, SS. 13-14*).

B.14.3. Der Gesetzesvorschlag, der dem angefochtenen Gesetz zugrunde lag, war an einen Vorentwurf eines Gesetzes « über die Verwaltung polizeilicher Informationen und zur Abänderung des Gesetzes über das Polizeiamt und des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur

Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes » angelehnt (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/003, S. 3).

In seiner Stellungnahme Nr. 9/2018 vom 12. Dezember 2018 zu diesem Vorentwurf des Gesetzes war das Kontrollorgan der Auffassung, dass die Formulierung « mit dem Ziel, den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen » nicht ausreichend klar sei, insofern sie möglicherweise so verstanden werden könnte, dass sie auf äußere Umstände statt auf den Gesundheitszustand der betroffenen Person Bezug nehme:

« Les possibilités pour les services de police de traiter des données relatives à la santé, outre le caractère complémentaire (et d'appui, [...]) du traitement, sont encore réduites par les termes ‘ et uniquement dans le but de comprendre le contexte lié à la personne concernée, ainsi que pour assurer la sécurité et protéger la santé de toute personne susceptible d’entrer en contact avec les personnes concernées dans le cadre de l’intervention policière. ’ L’auteur du projet doit réfléchir à la question de savoir si tous les traitements de données relatives à la santé réalisés couramment dans la pratique par la police sont ainsi couverts. Le dernier segment (‘ assurer la sécurité et protéger la santé de toute personne susceptible d’entrer en contact avec les personnes concernées dans le cadre de l’intervention policière ’) ne requiert aucune précision, mais vise un cas d’application particulier et vise la protection de tiers (qu’ils soient ou non membres du personnel des services police). Le premier segment (‘ dans le but de comprendre le contexte lié à la personne concernée ’) est par contre sujet à interprétation. Il est ainsi évident que la police doit pouvoir traiter des données relatives à la santé dans le cadre de la constatation de toutes sortes d’infractions contre l’ordre des familles et contre la moralité publique (Livre II, Titre VII du Code pénal), tant concernant un suspect qu’une victime. Il ne s’agit pas tant du ‘ contexte lié à la personne concernée ’ mais simplement par exemple de son état de santé (porteur d’une maladie, patient cardiaque, historique de problèmes psychiatriques, etc.). L’Organe de contrôle estime à cet égard que les termes employés sont dès lors ambigus (il semble plutôt s’agir de circonstances externes), avec toutes les conséquences qui en découlent sur la régularité des futurs actes policiers d’information ou d’instruction, ou de manière plus générale sur la régularité de la procédure. Il semble préférable d’exclure les discussions à ce niveau et il incombe dès lors à l’auteur du projet de clarifier les choses. Cette clarté peut consister simplement à faire référence à la nécessité de traiter des données relatives à la santé pour l’exercice de leurs missions de police administrative ou judiciaire et la protection de la santé de tiers » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/003, S. 40).

B.14.4. Als Antwort auf diese Anmerkung wurde in den Vorarbeiten präzisiert:

« Pour répondre à la demande de précision de l’Organe de contrôle sur les traitements des données relatives à la santé point 6 de l’avis n° 9 du 12 décembre 2018), il faut bien comprendre que le contexte lié à la personne concernée s’applique à l’ensemble des missions de police administrative et de police judiciaire et la référence à la ‘ personne concernée ’ vise toutes les catégories de personnes visées à l’article 44/5. Les exemples fournis *supra* [ne] sont aucunement exhaustifs » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 14).

B.14.5. Aus den in B.14.2 zitierten Vorarbeiten geht hervor, dass Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 2 des Gesetzes über das Polizeiamt eingefügt wurde, um einen völlig sicheren Ablauf von Polizeieinsätzen sowohl für die betroffene Person und ihre Angehörigen als auch für die an dem Einsatz beteiligten Personen zu gewährleisten. Folglich kann die angefochtene Bestimmung dahin ausgelegt werden, dass sich die Formulierung « mit dem Ziel, den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen » auf Fälle bezieht, in denen die Sicherheit und Gesundheit der betroffenen Person selbst gewährleistet werden müssen, während sich die Formulierung « um die Sicherheit von allen Personen, die mit dem im Rahmen des Polizeieinsatzes betroffenen Personen in Kontakt treten könnten, zu gewährleisten und deren Gesundheit zu schützen » darauf bezieht, die Sicherheit und Gesundheit von Personalmitgliedern der Polizei und allen anderen Personen, die bei dem Einsatz anwesend sind, darunter andere Rettungskräfte, die Angehörigen der betroffenen Person und andere anwesende Personen, zu gewährleisten.

B.15. In dieser Auslegung ist die Formulierung « den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen » in Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, ausreichend klar, um es der betroffenen Person zu ermöglichen, die Umstände zu verstehen, unter denen eine Verarbeitung personenbezogener Daten stattfinden darf.

Insoweit der Beschwerdegrund gegen die Wörter « den mit der betroffenen Person verbundenen Kontext zu verstehen » gerichtet ist, ist er vorbehaltlich der in B.14.5 erwähnten Auslegung unbegründet.

2) *Genetische Daten*

B.16.1. Aufgrund von Artikel 26 Nr. 12 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 sind genetische Daten « personenbezogene Daten zu den ererbten oder erworbenen genetischen Eigenschaften einer natürlichen Person, die eindeutige Informationen über die Physiologie oder die Gesundheit dieser natürlichen Person liefern und insbesondere aus der Analyse einer biologischen Probe der betreffenden natürlichen Person gewonnen wurden ».

B.16.2. Die Verarbeitung von genetischen Daten durch die Polizeidienste unterliegt den in B.11.2 zitierten Bedingungen, die nach Artikel 44/1 § 2 Absätze 1 und 3 des Gesetzes über das Polizeiamt für jede Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten gelten. Zudem ist nach Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 3 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, die Verarbeitung genetischer Daten als « das Erheben genetischer Daten und das Erfassen von Verwaltungsvermerken im Zusammenhang mit dem genetischen Profil unter Ausschluss des Abgleichs von genetischen Profilen oder der Identifizierung der DNA-Codenummer » definiert. In derselben Bestimmung ist präzisiert, dass die so definierte Verarbeitung genetischer Daten « im Rahmen der Erfüllung der gerichtspolizeilichen Aufträge und der Anwendung der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz » erfolgt. Nach Auffassung der klagenden Partei sind diese letztgenannten Formulierungen nicht ausreichend präzise.

B.16.3. In den Vorarbeiten wurde die angefochtene Bestimmung wie folgt erläutert:

« Pour finir, concernant les données génétiques, la police se limite à rassembler les traces génétiques (ADN) et le matériel de référence de personnes (loi du 7 novembre 2011 relative à la procédure d'identification au travers de recherche ADN dans des dossiers pénaux) avec les données administratives nécessaires pour la 'chain of custody'. La police reçoit des informations sur les traces analysées quant à leur caractère exploitable et les liens potentiels (voir Col 21/2017) » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 14-15).

B.17.1. Insofern sie bestimmt, dass die Verarbeitung genetischer Daten durch die Polizeidienste auf das Erheben genetischer Daten und das Erfassen von Verwaltungsvermerken im Zusammenhang mit dem genetischen Profil beschränkt ist und dass sie « im Rahmen der Erfüllung der gerichtspolizeilichen Aufträge » erfolgt, ist in der angefochtenen Bestimmung präzisiert, dass die vorerwähnten Verarbeitungsvorgänge nur im Rahmen der Erfüllung ihrer gerichtspolizeilichen Aufträge durch die Polizeidienste stattfinden, unter Ausschluss der Erfüllung ihrer verwaltungspolizeilichen Aufträge.

B.17.2. Die Aufgaben der Polizeidienste auf dem Gebiet des Zivilschutzes sind durch Artikel 17 des Gesetzes über das Polizeiamt eingegrenzt, der bestimmt:

« Bei Kalamitäten, Katastrophen oder Unglücksfällen im Sinne der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz begeben sich die Polizeidienste an Ort und Stelle und benachrichtigen die zuständigen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.

Bis zum Eingreifen dieser Behörden treffen sie in gemeinsamem Einvernehmen alle Maßnahmen, um die gefährdeten Personen zu retten, die Evakuierung der Personen und der Güter zu schützen und Plünderungen zu verhindern.

Zu diesem Zweck können sie die Mitarbeit der Bevölkerung anfordern, die dann der Anforderung Folge leisten und gegebenenfalls die nötigen Mittel verschaffen muss.

Sie verlassen den Ort einer Kalamität, einer Katastrophe beziehungsweise eines Unglücksfalls erst, nachdem sie einen Verwaltungspolizeioffizier davon verständigt haben und sich vergewissert haben, dass ihre Anwesenheit nicht mehr nötig ist, um verwaltungs- und gerichtspolizeiliche Aufträge zu erfüllen ».

Die Organisation und die Aufgaben des Zivilschutzes sind außerdem unter anderem durch das Gesetz vom 15. Mai 2007 « über die zivile Sicherheit » und durch das Gesetz vom 31. Dezember 1963 « über den Zivilschutz » geregelt.

Insofern sie bestimmt, dass die Verarbeitung genetischer Daten durch die Polizeidienste auf das Erheben genetischer Daten und das Erfassen von Verwaltungsvermerken im Zusammenhang mit dem genetischen Profil beschränkt ist und dass sie « im Rahmen [...] der Anwendung der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz » erfolgt, ermächtigt die angefochtene Bestimmung somit die Polizeidienste, genetische Daten zu erheben und Verwaltungsvermerke im Zusammenhang mit dem genetischen Profil im Rahmen der verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Aufträge zu erfassen, die sie « bei Kalamitäten, Katastrophen oder Unglücksfällen im Sinne der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz » aufgrund von Artikel 17 des Gesetzes über das Polizeiamt ausführen.

B.17.3. Der Gesetzgeber hat so die Zwecke der Verarbeitungen genetischer Daten, die von den Polizeidiensten durchgeführt werden könnten, ausreichend präzise vorgesehen.

Außerdem können die Polizeidienste nach Artikel 44/1 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt genetische Daten nur verarbeiten, sofern diese Daten angesichts der Zwecke, für die sie erhoben und weiterverarbeitet werden, « angemessen, sachdienlich und nicht übertrieben » sind. Die Polizeidienste werden dabei vom Kontrollorgan kontrolliert, das nach Artikel 71 § 1 Absatz 3 Nr. 2 des Gesetzes 30. Juli 2018 unter anderem mit « der Kontrolle der Verarbeitung der in den Artikeln 44/1 bis 44/11/13 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt erwähnten Informationen und personenbezogenen Daten, einschließlich derjenigen, die in den in Artikel 44/2 desselben Gesetzes erwähnten Datenbanken enthalten sind » beauftragt ist.

B.18. Was die Formulierung «im Rahmen der Erfüllung der gerichtspolizeilichen Aufträge und der Anwendung der Rechtsvorschriften über den Zivilschutz» betrifft, erfüllt die angefochtene Bestimmung das Erfordernis der Legalität.

Was die Dauer der Aufbewahrung der biometrischen Daten und der Gesundheitsdaten betrifft

B.19. Die klagende Partei führt einerseits an, dass in dem angefochtenen Gesetz keine spezifische Dauer der Aufbewahrung für die biometrischen Daten vorgesehen sei, und andererseits, dass die Dauer der Aufbewahrung der biometrischen Daten und die Dauer der Aufbewahrung der Gesundheitsdaten unverhältnismäßig seien.

B.20. Aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und derjenigen des Gerichtshofes der Europäischen Union geht hervor, dass personenbezogene Daten nicht länger als notwendig für die Verwirklichung des Ziels, zu dem sie gespeichert werden, in einer Form aufbewahrt werden dürfen, die eine Identifizierung zulässt oder die zulässt, eine Verbindung zwischen einer Person und strafbaren Handlungen herzustellen. Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit der Dauer der Aufbewahrung in Bezug auf den Zweck, zu dem die Daten gespeichert wurden, wird der Umstand berücksichtigt, ob eine unabhängige Kontrolle über die Rechtfertigung für die Bewahrung der Daten in den Datenbanken anhand deutlicher Kriterien besteht oder nicht, so wie die Schwere der Taten, der Umstand, ob die betreffende Person früher bereits Gegenstand einer Festnahme war, die Schwere der auf einer Person ruhenden Verdächtigungen sowie jeder andere besondere Umstand (EuGHMR, Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, § 103; 18. April 2013, *M.K. gegen Frankreich*, § 35; 17. Dezember 2009, *B.B. gegen Frankreich*, § 61; 18. September 2014, *Brunet gegen Frankreich*, §§ 35-40, Große Kammer, 25. Mai 2021, *Centrum för rättvisa gegen Schweden*, § 275; Große Kammer, 25. Mai 2021, *Big Brother Watch gegen Vereinigtes Königreich*, § 361; EuGH, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-511/18, C-512/18 und C-520/18, *La Quadrature du Net u.a.*, Randnrn. 137-139).

In Artikel 5 Buchstabe e des Übereinkommens Nr. 108 und in Artikel 7 der Empfehlung Nr. R (87) 15 sind ähnliche Garantien vorgesehen.

B.21.1. In den Artikeln 44/9 und 44/10 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch die Artikel 10 und 11 des angefochtenen Gesetzes, sind die Regeln über die Dauer der Aufbewahrung von personenbezogenen Daten und Informationen in der AND und über die Archivierung dieser Daten und Informationen nach dem Ablauf dieses Zeitraums vorgesehen.

In Artikel 44/11/2 dieses Gesetzes, abgeändert durch Artikel 13 des angefochtenen Gesetzes, sind die Regeln über die Aufbewahrung der in den Basisdatenbanken enthaltenen Daten festgelegt.

B.21.2. Aufgrund von Artikel 44/2 des Gesetzes über das Polizeiamt sind die personenbezogenen Daten und Informationen, die in der AND und den Basisdatenbanken verarbeitet werden, diejenigen, die in Artikel 44/1 desselben Gesetzes erwähnt werden und somit auch die in Artikel 44/1 § 2 erwähnten besonderen Kategorien von Daten.

B.21.3. Die Polizeirichtlinie schreibt es den Mitgliedstaaten nicht vor, für die besonderen Kategorien von Daten spezifische Aufbewahrungsfristen zu erlassen.

B.21.4. Die klagende Partei weist nicht nach, dass die Entscheidung des Gesetzgebers, keine spezifische Aufbewahrungsdauer für die besonderen Kategorien von Daten vorzusehen, unvernünftig wäre oder zu einer Aufbewahrung von Daten führen würde, die unverhältnismäßig wäre gegenüber den angestrebten Zielen, die nach Kategorie von Aufbewahrungsfrist in den Vorarbeiten des Gesetzes vom 18. März 2014 « über die Verwaltung der polizeilichen Informationen und zur Abänderung des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt, des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und des Strafprozessgesetzbuches » erläutert wurden (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3105/001, SS. 37-43; siehe Entscheid Nr. 108/2016 vom 14. Juli 2016, B.112.3). Da die besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten nach Artikel 44/1 § 2 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt in Ergänzung oder zur Unterstützung der Hauptverarbeitung, die sich auf andere Datenkategorien bezieht, verarbeitet werden, hat der Gesetzgeber nicht unvernünftig gehandelt, als er die besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten denselben Aufbewahrungsfristen unterworfen hat wie denjenigen, die für die Kategorien von Hauptdaten gelten, die sie ergänzen oder unterstützen.

B.21.5. Im Übrigen hat der Gerichtshof in seinem Entscheid Nr. 108/2016 vom 14. Juli 2016 geurteilt, dass in den Artikeln 44/9, 44/10 und 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt vorbehaltlich der in B.113.2, B.113.3, B.114.2, B.114.4, B.115.3, B.115.4 und B.115.8 dieses Entscheids angegebenen Auslegungen die in B.20 erwähnten Bedingungen in Bezug auf die Aufbewahrungsfrist der personenbezogenen Daten in den polizeilichen Datenbanken beachtet werden (B.109 bis B.116). Im vorliegenden Fall ist keine andere Schlussfolgerung zu ziehen.

B.22. Die in B.19 vorgebrachten Beschwerdegründe sind unbegründet.

Was die Garantien für die betroffene Person betrifft

B.23. Die klagende Partei führt an, dass die angefochtene Bestimmung im Widerspruch zu den im Klagegrund erwähnten Bestimmungen stehe, insofern sie weder strengere Bedingungen für den Zugriff auf biometrische Daten, auf Gesundheitsdaten und auf genetische Daten (erster Beschwerdegrund) noch das Verbot, diese Daten zu übermitteln (zweiter Beschwerdegrund), vorsehe, noch das Erheben genetischer Daten « auf diejenigen mit Bezug zur betroffenen Person » beschränke (dritter Beschwerdegrund).

Was die Gesundheitsdaten betrifft, beanstandet die klagende Partei außerdem den Umstand, dass in der angefochtenen Bestimmung keine Verpflichtung, die faktenbasierten Daten und die auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Daten zu unterscheiden (vierter Beschwerdegrund), keine Verpflichtung des Verantwortlichen, « Kategorien nach dem Grad der Richtigkeit und der Zuverlässigkeit der verarbeiteten Informationen » zu erstellen (fünfter Beschwerdegrund), keine Verpflichtung, die Richtigkeit der Daten vor ihrer Übermittlung oder ihrer Bereitstellung zu prüfen (sechster Beschwerdegrund), keine Verpflichtung, der empfangenden zuständigen Behörde Informationen zu übermitteln, mit denen sie sich von der Richtigkeit der Daten und ihres Aktualitätsgrades überzeugen kann (siebter Beschwerdegrund), keine präzisen Kriterien zur Bewertung der Qualität der Daten (achter Beschwerdegrund), kein mit einer aktiven Benachrichtigung des Kontrollorgans verbundenes Validierungsverfahren (neunter Beschwerdegrund), keine Verpflichtung, eine vorherige Folgenabschätzung vorzunehmen (zehnter Beschwerdegrund), sowie keine vorherige Genehmigung des Kontrollorgans vor jedem Zugriff auf diese Daten (elfter Beschwerdegrund) vorgesehen seien.

Schließlich ist die klagende Partei der Auffassung, dass die Verarbeitung genetischer und biometrischer Daten strengere Sicherungsanforderungen erfordert (zwölfter Beschwerdegrund).

B.24. Gemäß Artikel 6 des Übereinkommens Nr. 108 dürfen personenbezogene Daten, welche die Gesundheit betreffen, nur automatisch verarbeitet werden, wenn das innerstaatliche Recht einen geeigneten Schutz gewährleistet.

Artikel 9 dieses Übereinkommens bestimmt jedoch, dass von Artikel 6 abgewichen werden kann, wenn es durch das Recht vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige Maßnahme ist zum Schutz der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Sicherheit sowie der Währungsinteressen des Staates oder zur Bekämpfung von Straftaten, zum Schutz des Betroffenen oder der Rechte und Freiheiten Dritter.

Gemäß der Empfehlung Nr. R (87) 15 dürfen sensible Daten nur verarbeitet werden, wenn dies für eine bestimmte Untersuchung absolut notwendig ist.

Weder das Übereinkommen Nr. 108, noch die Empfehlung Nr. R (87) 15 verhindern folglich eine Verarbeitung von sensiblen Daten durch die Polizeidienste, wenn diese Verarbeitung strikt notwendig ist für die Erfüllung ihrer Aufträge.

B.25.1. Wie in B.11.2 erwähnt, unterliegt die Verarbeitung aller sensiblen Daten unabhängig von der Kategorie, zu der sie gehören, die von den Polizeidiensten vorgenommen wird, den in Artikel 44/1 § 2 Absätze 1 und 3 des Gesetzes über das Polizeiamt vorgesehenen Garantien sowie gemäß Artikel 44/3 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzes den Garantien, die im Gesetz vom 30. Juli 2018 vorgesehen sind.

In den Vorarbeiten heißt es:

« Comme le rappelle le considérant 37 de la Directive, il convient d'apporter des garanties appropriées pour l'ensemble des données traitées dans le cadre de cet article 4. Une des garanties appropriées consiste bien entendu à ne traiter ces données qu'en complément d'autres données traitées dans le cadre des missions opérationnelles.

Ensuite, les garanties entourant le traitement des données dites sensibles qui étaient mentionnées dans l'arrêté royal du 13 février 2001 portant exécution de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements ont été intégralement reprises dans le 44/1, § 2*bis*, alinéa 5, à savoir le fait que :

- la liste des catégories de personnes, ayant accès aux données à caractère personnel, sont désignées par le responsable du traitement ou, le cas échéant, par le sous-traitant, avec une description de leur fonction par rapport au traitement des données visées;

- la liste des catégories des personnes ainsi désignées pour traiter les données visées dans ce paragraphe est tenue à la disposition de l'Organe de contrôle par le responsable du traitement ou, le cas échéant, par le sous-traitant;

- les personnes désignées sont tenues, par une obligation légale ou statutaire, ou par une disposition contractuelle équivalente, au respect du caractère confidentiel des données visées.

Trois garanties supplémentaires en matière de protection des droits des personnes concernées ont été ajoutées.

Il s'agit tout d'abord, de faire une distinction entre les catégories de personnes visées à l'article 44/5. De la sorte, les systèmes de traitement des données devront par exemple clairement indiquer si les données relatives aux opinions politiques qui sont traitées concernent un suspect ou une victime qui serait persécutée précisément en raison de celles-ci.

Ensuite, des mesures techniques et organisationnelles doivent être prises contre la destruction accidentelle ou non autorisée, contre la perte accidentelle ainsi que contre la modification ou tout autre traitement non autorisé de ces données. Ces mesures sont très larges et couvrent notamment la sécurité des accès physiques aux locaux où ces données sont traitées et les accès aux données. À titre illustratif, les laboratoires de la police où des données biométriques sont traitées font l'objet de règles de sécurité d'accès physiques ainsi qu'aux données traitées.

Enfin, il est demandé aux responsables du traitement d'indiquer dans leur politique de protection des données les mesures concrètes qu'ils vont prendre pour assurer le suivi de ces catégories de données.

Les délégués à la protection des données compétents assureront le suivi de la mise en œuvre de cette politique dont le respect des mesures prévues pour le traitement des données sensibles. Ils réalisent pour cela, par exemple, des contrôles ciblés sur ces mesures ou généraux sur l'ensemble des points de la politique de sécurité.

Une délégation est réalisée vers le Roi qui pourra prendre d'autres mesures appropriées. Concernant l'avis du Conseil d'État 65.312/2 du 4 mars 2019 sur ce point, il est précisé dans la loi que les garanties que le Roi peut apporter sont complémentaires à celles qui sont déjà prévues dans cet article. Il ne saurait bien entendu pas être question pour le Roi de revoir à la baisse les garanties énoncées par cet article en matière de traitement de catégories particulières de données à caractère personnel mais bien de les renforcer en les complétant si besoin » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 15-16).

B.25.2. Aufgrund von Artikel 44/1 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt können die Polizeidienste Informationen und personenbezogene Daten verarbeiten, insofern diese unter anderem « sachdienlich und nicht übertrieben sind ». Unter Berücksichtigung der vorerwähnten Bestimmungen des Übereinkommens Nr. 108 ist diese Bestimmung in dem Sinne zu verstehen dass eine Verarbeitung von sensiblen Daten nur möglich ist, wenn dies strikt notwendig ist für die Erfüllung der Aufträge der Polizeidienste.

B.25.3.1. Insoweit die klagende Partei anführt, dass in der angefochtenen Bestimmung keine strengeren Bedingungen für den Zugriff auf biometrische Daten, auf Gesundheitsdaten und auf genetische Daten und ein Verbot, diese Daten zu übermitteln, vorgesehen seien, beruft sie sich auf den in B.10.1 zitierten Erwägungsgrund 37 der Polizeirichtlinie, nach dem zu den geeigneten Garantien für die Rechte und Freiheiten einer von einer Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten betroffenen Person « beispielsweise zählen [kann], dass [...] der Zugang der Mitarbeiter der zuständigen Behörde zu den Daten strenger geregelt und die Übermittlung dieser Daten verboten wird ».

Insoweit sie anführt, dass in der angefochtenen Bestimmung nicht vorgesehen sei, die Erhebung genetischer Daten « auf diejenigen mit Bezug zur betroffenen Person » zu beschränken, bezieht sie sich offenbar auf einen anderen Ausschnitt desselben Erwägungsgrunds, nach dem zu den geeigneten Garantien für die Rechte und Freiheiten einer von einer Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten betroffenen Person « beispielsweise zählen [kann], dass diese Daten nur in Verbindung mit anderen Daten über die betroffene natürliche Person erhoben werden dürfen ».

B.25.3.2. Der Gerichtshof ist nicht befugt, Gesetzesnormen anhand des Grundsatzes der Gleichheit und Nichtdiskriminierung nur in Verbindung mit den Erwägungsgründen der Präambel, die den Bestimmungen einer Richtlinie der Europäischen Union vorangeht, zu prüfen, da diese Erwägungsgründe keine bindende Wirkung haben. Diese Erwägungsgründe sind nur ein Instrument, mit dem die normativen Bestimmungen dieser Richtlinie ausgelegt werden können.

B.25.3.3. Der erste, der zweite und der dritte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds sind unbegründet.

B.25.4. Insofern im fünften Beschwerdegrund nicht dargelegt ist, inwiefern der Umstand, dass in der angefochtenen Bestimmung keine « Kategorien nach dem Grad der Richtigkeit und der Zuverlässigkeit der [vom Verantwortlichen] verarbeiteten Informationen » vorgesehen sind, mit den im Klagegrund erwähnten Bestimmungen unvereinbar wäre, erfüllt er nicht die in B.2.4.1 genannten Anforderungen von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof und ist daher nicht zulässig.

B.25.5. Der vierte, der sechste und der siebte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds sind unbegründet, da diese Aspekte in Artikel 32 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geregelt sind. Die Unterscheidung zwischen faktenbasierten Daten und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Daten, die in Artikel 32 § 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 erwähnt ist, wird zudem in Bezug auf die Gesundheitsdaten durch Artikel 44/1 § 2 Absatz 2 Nr. 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, verstärkt. In der letztgenannten Bestimmung ist nämlich vorgesehen: « Wenn Gesundheitsdaten verarbeitet werden, wird vermerkt, ob diese Daten von Fachkräften der Gesundheitspflege stammen oder nicht ».

B.25.6. Aufgrund von Artikel 44/1 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt können die Polizeidienste personenbezogene Daten nur verarbeiten, insofern sie « angemessen » sind. Dieses Erfordernis führt dazu, dass die personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden, es nach Möglichkeit erlauben müssen, sich ein richtiges Bild von der Person, um die es sich handelt, zu verschaffen, sodass es unterem anderem nicht erlaubt ist, die verfügbaren Informationen zu manipulieren, indem nur die für den Betreffenden nachteiligen Aspekte davon verarbeitet werden.

Artikel 28 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 bestimmt außerdem, dass personenbezogene Daten « auf rechtmäßige Weise und nach Treu und Glauben » verarbeitet werden müssen, und dass sie « sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand » sein müssen. In Bezug auf den letzteren Aspekt ist in Artikel 28 Nr. 4 dieses Gesetzes vorgesehen, dass « alle angemessenen Maßnahmen zu treffen [sind], damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden ».

Insbesondere was die besonderen Kategorien von Daten betrifft, geben die Verantwortlichen in ihrer Datenschutzpolitik aufgrund von Artikel 44/1 § 2 Absatz 3 Nr. 6 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, die zu ergreifenden Maßnahmen an, um die Verarbeitung von besonderen Kategorie von Daten zu schützen und die Qualität der verarbeiteten Daten insbesondere für die Aspekte im Zusammenhang mit der Bewertung ihrer Richtigkeit, ihrer Vollständigkeit, ihrer Zuverlässigkeit und ihres Aktualitätsgrades sicherzustellen. Diese Präzisierung wurde durch einen Abänderungsantrag Nr. 3 hinzugefügt, der folgendermaßen begründet wurde:

« L'évaluation de la qualité des données traitées, en particulier lorsqu'il s'agit de catégories de données particulières est un élément très important tant au niveau opérationnel qu'au niveau de la protection des données à caractère personnel. Il appartient aux responsables du traitement de donner des critères et des directives pour apprécier la qualité des données traitées et donc d'encadrer leur utilisation. Les délégués à la protection des données veillent par des actions concrètes à assurer le suivi de ces directives » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/005, S. 4. Siehe auch: DOC 54-3697/006, SS. 4 und 7).

Der Gesetzgeber hat in dieser Weise die Qualitätsbedingungen, denen die besonderen Kategorien von Daten genügen müssen, um von den Polizeidiensten verarbeitet werden zu dürfen, ausreichend präzise vorgesehen.

Der achte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds ist unbegründet.

B.25.7. Die klagende Partei weist nicht nach, inwiefern der Umstand, dass der Gesetzgeber kein mit einer aktiven Benachrichtigung des Kontrollorgans verbundenes Validierungsverfahren vorgesehen hat, zur Folge hätte, dass die Verarbeitung von Gesundheitsdaten nicht vorbehaltlich geeigneter Garantien erfolgen würde. Der neunte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds ist unbegründet.

B.25.8. Die Artikel 58 und 59 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 bestimmen gemäß den Artikeln 27 und 28 der Polizeirichtlinie die Fälle, in denen eine Folgenabschätzung und/oder eine Konsultierung des Kontrollorgans vor der Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgen müssen.

Aufgrund von Artikel 58 und Artikel 59 § 1 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 muss der Verantwortliche vor einer Verarbeitung eine Abschätzung der Folgen für den Schutz

personenbezogener Daten durchführen, wenn die Form der Verarbeitung, « insbesondere bei Verwendung neuer Technologien » voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat und wenn aus einer Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko zur Folge hätte, muss der Verantwortliche oder sein Auftragsverarbeiter vor der Verarbeitung « in neu anzulegenden Dateisystemen » das zuständige Kontrollorgan konsultieren.

Aufgrund von Artikel 59 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 muss der Verantwortliche oder sein Auftragsverarbeiter außerdem vor der Verarbeitung « in neu anzulegenden Dateisystemen » von Amts wegen das zuständige Kontrollorgan konsultieren, wenn die Form der Verarbeitung, « insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, Mechanismen oder Verfahren », ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen zur Folge hat.

Aufgrund von Artikel 59 § 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 kann das Kontrollorgan eine Liste der Verarbeitungsvorgänge erstellen, die der Pflicht zur vorherigen Konsultation unterliegen.

In Anbetracht der sensiblen Beschaffenheit von Gesundheitsdaten hat jeder Verarbeitungsvorgang dieser Daten, der von den Polizeidiensten durchgeführt wird, ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen zur Folge. Folglich ist die vorherige Konsultation des Kontrollorgans vor jeder Verarbeitung dieser Daten « in neu anzulegenden Dateisystemen » nach Artikel 59 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 erforderlich.

Der zehnte und der elfte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds sind unbegründet.

B.25.9. In Bezug auf die Anforderungen an die Datensicherung müssen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter nach Artikel 60 § 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geeignete technische und organisatorische Maßnahmen treffen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten.

Artikel 44/1 § 2 Absatz 3 Nr. 5 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 4 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, sieht außerdem vor, dass « geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, um die [besonderen Kategorien von] personenbezogenen Daten vor unbeabsichtigter oder unbefugter Vernichtung, vor unbeabsichtigtem Verlust sowie vor Änderung oder jeder anderen unbefugten Verarbeitung dieser Daten zu schützen ». Bei den Vorarbeiten wurde neben dem in B.23.1 zitierten Auszug auch erläutert:

« Le texte impose une politique de sécurité active au niveau de ces données, chaque responsable du traitement étant chargé de faire un plan en matière de protection des données » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/003, S. 7).

Der zwölfte Beschwerdegrund des ersten Teils des einzigen Klagegrunds ist unbegründet.

B.25.10. Wie in B.11.2 erwähnt, kann der König aufgrund von Artikel 44/1 § 2 Absatz 4 des Gesetzes über das Polizeiamt die Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten mit anderen geeigneten zusätzlichen Garantien, die über die hinausgehen, die in Absatz 3 desselben Artikels vorgesehen sind, versehen. In den Vorarbeiten wurde präzisiert:

« Il ne saurait bien entendu pas être question pour le Roi de revoir à la baisse les garanties énoncées par cet article en matière de traitement de catégories particulières de données à caractère personnel mais bien de les renforcer en les complétant si besoin » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 16).

B.26. Die in B.23 aufgeführten Beschwerdegründe sind unbegründet.

Was das Recht auf Auskunft zu den besonderen Kategorien von Daten und das Recht auf eine wirksame Beschwerde betrifft

B.27. Die klagende Partei führt an, dass in der angefochtenen Bestimmung nicht vorgesehen sei, dass die betroffene Person ein Recht auf eine direkte Auskunft zu den besonderen Kategorien der sie betreffenden Daten gegenüber dem Verantwortlichen habe, was ihr das Recht auf eine wirksame Beschwerde entziehe. Nach Auffassung der klagenden Partei ist das angefochtene Gesetz mit einer Lücke behaftet, da es keine spezifische Bestimmung enthalte, mit der das Recht auf direkten Auskunft gemäß Artikel 38 § 2 des Gesetzes vom

30. Juli 2018 eingeschränkt werde. Die indirekte Wahrnehmung des Rechts auf Auskunft über das Kontrollorgan aufgrund von Artikel 42 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 erlaube es der betroffenen Person auch nicht, über einen wirksamen Rechtsbehelf zu verfügen, da das Kontrollorgan diese nur darüber unterrichte, dass es die «erforderlichen Prüfungen» vorgenommen habe.

B.28.1. Der Ministerrat bestreitet die zeitliche Zulässigkeit des Beschwerdegrunds. Er macht geltend, dass die Nichtigkeitsklage in Wirklichkeit gegen Titel II des Gesetzes vom 30. Juli 2018 gerichtet sei und dass die Frist von sechs Monaten zur Einreichung einer Klage auf Nichtigklärung dieser Bestimmungen abgelaufen sei.

B.28.2. Damit die Voraussetzungen des Artikels 3 § 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfüllt sind, muss eine Nichtigkeitsklage binnen einer Frist von sechs Monaten nach der Veröffentlichung der angefochtenen Norm eingereicht werden.

Wenn der Gesetzgeber eine alte Bestimmung in neue Rechtsvorschriften übernimmt und sich auf diese Weise deren Inhalt zu eigen macht, kann gegen die übernommene Bestimmung eine Klage binnen sechs Monaten nach ihrer Veröffentlichung eingereicht werden.

Wenn der Gesetzgeber sich jedoch auf eine rein gesetzgebungstechnische oder sprachliche Anpassung oder auf eine Koordinierung bestehender Bestimmungen beschränkt, wird nicht davon ausgegangen, dass er erneut Recht setzt, und sind die Beschwerdegründe *ratione temporis* unzulässig, sofern sie in Wirklichkeit gegen die bereits vorher vorhandenen Bestimmungen gerichtet sind.

Folglich ist zu prüfen, ob die Klage gegen neue Bestimmungen gerichtet ist oder ob sie nicht geänderte Bestimmungen betrifft.

B.28.3. Mit der angefochtenen Bestimmung hat der Gesetzgeber den gesetzlichen Rahmen für Verarbeitungen von besonderen Kategorien personenbezogener Daten durch die Polizeidienste festgelegt. Jedoch regelt diese Bestimmung nur die Verarbeitung personenbezogener Daten, nicht aber die Rechte der betroffenen Person. Dieser Aspekt ist durch Artikel 42 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geregelt, der durch das angefochtene Gesetz

vom 22. Mai 2019 nicht abgeändert wurde. Bei der Annahme der angefochtenen Bestimmung hat der Gesetzgeber keineswegs den Inhalt von Artikel 42 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 übernommen und hat auch nicht die Absicht gehabt, erneut Recht zu setzen.

B.28.4. Dementsprechend ist der erste Teil des Klagegrunds unzulässig, insoweit er sich auf die Rechte der betroffenen Person bezieht.

In Bezug auf die Verknüpfung der polizeilichen Datenbanken (Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt)

B.29. Im zweiten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt, ersetzt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, nicht mit den in B.3 angeführten Referenznormen vereinbar sei, insofern er gegen das Legalitätsprinzip, das Erfordernis der Vorhersehbarkeit und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoße und insofern er weder die vorherige Konsultation des Kontrollorgans noch die Verpflichtung vorsehe, den Empfängern der im Rahmen einer Verknüpfung mitgeteilten Daten zu notifizieren, dass diese berichtigt oder gelöscht wurden.

B.30. Nach seiner Ersetzung durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes bestimmt Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« § 1er. En matière de police administrative, le responsable du traitement des données à caractère personnel et des informations visées à l'article 44/1, y compris celles incluses dans les banques de données visées à l'article 44/2, § 1er, alinéa 2, 1° et 2°, est le ministre de l'Intérieur.

En matière de police judiciaire, le responsable du traitement des données à caractère personnel et des informations visées à l'article 44/1, y compris celles incluses dans les banques de données visées à l'article 44/2, § 1er, alinéa 2, 1° et 2°, est le ministre de la Justice.

Pour ce qui concerne les banques de données visées à l'article 44/2, § 1er, alinéa 2, 3°, les chefs de corps, le commissaire général, les directeurs généraux ou les directeurs qui ont fixé les objectifs et les moyens relatifs à ces banques de données particulières sont les responsables du traitement.

§ 2. Les ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de leurs compétences et sans préjudice des compétences propres des autorités judiciaires, déterminent par directives contraignantes les mesures nécessaires en vue d'assurer la gestion et la sécurité dont notamment

les aspects relatifs à la fiabilité, la confidentialité, la disponibilité, la traçabilité et l'intégrité des données à caractère personnel et des informations traitées dans les banques de données visées à l'article 44/2.

Les fichiers de journalisation sont établis dans les banques de données visées à l'article 44/2 au moins pour les traitements suivants : la collecte, la modification, la consultation, la communication, y compris les transferts, l'archivage, l'interconnexion et l'effacement.

Les fichiers de journalisation de consultation et de communication permettent d'établir :

- 1° le motif, la date et l'heure de ces traitements;
- 2° les catégories de personnes qui ont consulté les données à caractère personnel, ainsi que l'identification de la personne qui a consulté ces données;
- 3° les systèmes qui ont communiqué ces données;
- 4° les catégories de destinataires des données à caractère personnel, et si possible, l'identité des destinataires de ces données.

Le Roi peut déterminer, par arrêté délibéré en Conseil des ministres après avis de l'Organe de contrôle, d'autres types de traitements pour lesquels les fichiers de journalisation sont établis.

Des mesures appropriées sont adoptées pour assurer la sécurité des fichiers de journalisation et, en particulier, pour empêcher tout traitement non autorisé et pour assurer l'intégrité des données traitées.

Les procédures d'accès aux fichiers de journalisation garantissent la nécessité et la proportionnalité de l'accès aux données de journalisation en vue d'atteindre les finalités visées à l'article 56, § 2, de la loi relative à la protection des données.

Ces procédures sont soumises à l'avis de l'Organe de contrôle.

Les chefs de corps pour la police locale et le commissaire général, les directeurs généraux et les directeurs pour la police fédérale sont les garants de la bonne exécution de ces directives en ce qui concerne les banques de données visées à l'article 44/2, §§ 1er, et 3.

Le gestionnaire, désigné en droit ou dans les faits est le garant de la bonne exécution de ces directives en ce qui concerne les banques de données visées à l'article 44/2, § 2.

§ 3. Sans préjudice des compétences des autorités judiciaires, les ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de leurs compétences, déterminent par directive générale et contraignante, publiée au *Moniteur belge*, les règles d'accès des membres des services de police aux banques de données visées à l'article 44/2, §§ 1er, et 3.

§ 4. Les ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de leurs compétences, déterminent par directive générale et contraignante publiée au *Moniteur belge*, les modalités relatives à l'interconnexion des banques de données visées à l'article 44/2 entre elles ou avec

d'autres banques de données auxquelles les services de police ont accès par ou en vertu de la loi ou de traités internationaux liant la Belgique.

Ces directives déterminent au moins, sur la base du caractère pertinent, adéquat et non excessif, les catégories de banques de données qui peuvent être connectées entre elles, les modalités relatives à l'interconnexion et les règles d'accès des membres des services de police relatives à l'existence d'une information pertinente au sein de ces banques de données interconnectées ou, le cas échéant, aux données elles-mêmes ainsi qu'aux traitements qui en résultent.

§ 5. Les profils et les modalités d'accès visés aux §§ 3 et 4 sont déterminés notamment sur la base :

1° du besoin d'en connaître, en ce compris de la nécessité de croiser ou coordonner les données traitées;

2° des finalités légales de chaque banque de données;

3° des différentes catégories de personnes visées à l'article 44/5;

4° de l'évaluation des données;

5° de l'état de validation des données traitées.

Les accès visés aux §§ 3 et 4 doivent être conçus à la base ou par défaut de telle sorte que les données évaluées et validées apparaissent de manière claire et puissent être exploitées prioritairement.

Les profils d'accès et l'identification des personnes ayant accès sont tenus à la disposition de l'Organe de contrôle.

§ 6. Les ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de leurs compétences, déterminent par directive générale et contraignante publiée au *Moniteur belge* les mesures adéquates, pertinentes et non excessives relatives à l'interconnexion ou la corrélation des banques de données techniques visées à l'article 44/2, § 3, avec les banques de données visées à l'article 44/2, §§ 1er et 2, ou avec d'autres banques de données auxquelles les services de police ont accès par ou en vertu de la loi ou de traités internationaux liant la Belgique.

Cette directive tient compte des critères de temps, d'espace et de fréquence des interconnexions et corrélations. Elles déterminent au moins l'autorité qui permet ce genre de mesures, ainsi que les banques de données qui peuvent être connectées entre elles ».

B.31.1. Wenn die Ausführung der verwaltungspolizeilichen und gerichtspolizeilichen Aufträge es erfordert, dass die Polizeidienste die personenbezogenen Daten und Informationen strukturieren, damit sie direkt auffindbar sind, werden diese in einer operativen polizeilichen Datenbank verarbeitet (Artikel 44/2 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt). Im Gesetz über das Polizeiamt sind drei Kategorien von operativen polizeilichen Datenbanken

vorgesehen: (1) die AND, (2) die Basisdatenbanken und (3) die besonderen Datenbanken (Artikel 44/2 Absatz 2).

Das Gesetz über das Polizeiamt sieht außerdem zwei weitere Kategorien von polizeilichen Datenbanken vor: die gemeinsamen Datenbanken (Artikel 44/2 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt) und die technischen Datenbanken (Artikel 44/2 § 3 des Gesetzes über das Polizeiamt).

B.31.2. Aufgrund von Artikel 44/7 des Gesetzes über das Polizeiamt ist die AND die polizeiliche Datenbank, die die Daten und die Informationen enthält, die für sämtliche Polizeidienste notwendig sind, um ihre Aufträge auszuführen. Die AND ist also eine nationale Datenbank (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3105/001, S. 7), deren Daten und Informationen von verschiedenen Polizeidiensten stammen.

Die Basisdatenbanken sind die polizeilichen Datenbanken, die zugunsten der gesamten integrierten Polizei eingerichtet werden « mit dem Zweck, die verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Aufträge zu erfüllen, indem die darin enthaltenen personenbezogenen Daten und Informationen genutzt werden und die zuständigen Behörden über die Erfüllung dieser Aufträge informiert werden » (Artikel 44/11/2 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Die besonderen Datenbanken sind Datenbanken, die durch die Korpschefs, den Generalkommissar, die Generaldirektoren und die Direktoren unter außergewöhnlichen Umständen und für die Erfüllung der verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Aufträge für besondere Bedürfnisse eingerichtet werden können (Artikel 44/11/3 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 14 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes). In Artikel 44/11/3 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt werden die besonderen Bedürfnisse, die bei der Einrichtung einer besonderen Datenbank berücksichtigt werden können, definiert. Gemeint sind « die Datenbanken, die klassifizierte Daten oder Informationen enthalten; die Datenbanken, deren Daten insgesamt oder zum Teil aus technischen (beispielsweise die technische Schwierigkeit, Bilder von verlorenen oder gestohlenen Gegenständen zu integrieren) oder funktionalen Gründen (beispielsweise die Datenbanken bezüglich der gerichtspolizeilichen oder verwaltungspolizeilichen Phänomene, deren Funktionalitäten nicht (alle) in der AND verfügbar sind), nicht in der AND zentralisiert werden können, oder aber die

Datenbanken, die nur von lokaler Bedeutung sind » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3105/001, SS. 7-8).

Falls die gemeinsame Ausübung der Aufträge zur Verhütung und Überwachung des Terrorismus oder des Extremismus, wenn er zu Terrorismus führen kann, durch alle oder einen Teil der Behörden, Organe, Einrichtungen, Dienste und Direktionen oder den Ausschuss, die in Artikel 44/11/3^{ter} erwähnt sind, im Rahmen ihrer jeweiligen gesetzlichen Befugnisse, verlangt, dass sie die personenbezogenen Daten und Informationen über besagte Aufträge so strukturieren, dass sie direkt wieder aufgefunden werden können, werden diese personenbezogenen Daten und Informationen in einer oder mehreren gemeinsamen Datenbanken verarbeitet (Artikel 44/2 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Wenn im Rahmen der Erfüllung der verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Aufträge technische Hilfsmittel eingesetzt werden, um personenbezogene Daten und Informationen technischer Art automatisch zu erfassen und diese so strukturiert sind, dass sie direkt abgefragt werden können, werden diese Daten in einer technischen Datenbank verarbeitet (Artikel 44/2 § 3 des Gesetzes über das Polizeiamt).

B.31.3. Artikel 44/4 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, benennt den Verantwortlichen für die Verarbeitung der von den Polizeidiensten verarbeiteten personenbezogener Daten. Der Minister des Innern ist daher der Verantwortliche für die im verwaltungspolizeilichen Bereich verarbeiteten Daten und Informationen. Der Minister der Justiz ist der Verantwortliche für die im gerichtspolizeilichen Bereich verarbeiteten Daten und Informationen. Sie sind gemeinsam verantwortlich, wenn die Daten im Rahmen dieser beiden Zwecke verarbeitet werden (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 17).

Was die Datenbanken betrifft, ist der Minister des Innern oder der Minister der Justiz der Verantwortliche für die in der AND und den Basisdatenbanken enthaltenen Daten und Informationen je nach dem betroffenen verwaltungs- oder gerichtspolizeilichen Zweck. Die Korpschefs, der Generalkommissar, die Generaldirektoren oder die Direktoren, die die Ziele und Mittel für die besonderen Datenbanken festgelegt haben, sind die Verantwortlichen für die in den besonderen Datenbanken enthaltenen Daten und Informationen.

In den Vorarbeiten heißt es:

« La désignation claire d'un responsable du traitement est la clef de voûte permettant d'articuler tout le système d'application des principes de protection des données, qui reposent en grande partie sur les options et les directives prises par les responsables du traitement » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 18).

B.31.4. Aufgrund von Artikel 44/4 § 2 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, und Artikel 56 § 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 werden Protokolldateien in den polizeilichen Datenbanken zumindest für die in Artikel 44/4 § 2 Absatz 2 aufgezählten Verarbeitungsvorgänge, darunter der Vorgang der Verknüpfung erstellt. Diese Protokolldateien ermöglichen die Feststellung folgender Sachverhalte: 1. Begründung, Datum und Uhrzeit dieser Verarbeitungen; 2. Kategorien von Personen, die personenbezogene Daten abgefragt haben und Identifizierung der Person, die diese Daten abgefragt hat; 3. Systeme, durch die diese Daten offengelegt worden sind; 4. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten und, falls möglich, Identität des Empfängers solcher personenbezogenen Daten (Artikel 44/4 § 2 Absatz 3).

Die Protokolldateien entsprechen somit « einem Verzeichnis, das es ermöglicht, über die verschiedenen an den in einer Datenbank enthaltenen Daten verschiedener Einrichtungen vorgenommenen Verarbeitungen Bericht zu erstatten », indem insbesondere die Person, die die Verarbeitung durchgeführt hat, identifiziert wird:

« Lorsqu'il s'agit d'établir des journaux relatifs aux traitements effectués dans les banques de données policières opérationnelles, ceux-ci doivent en principe permettre non seulement d'identifier la catégorie de personne qui a réalisé les traitements mais aussi d'identifier la personne qui a réalisé les traitements visés. Il peut s'agir d'une identification directe dans le cas où l'identité d'un membre du personnel des services de police est directement enregistrée dans les journaux ou via un identifiant unique, connu des services de police qui permet de relier une personne à un code (par exemple via un numéro de matricule) ou indirecte dans l'hypothèse où un code chiffré individuel est attribué à la personne qui traite (par exemple consulte) les données dans l'hypothèse où son identité réelle doit être protégée. Dans ce dernier cas, seul le service d'origine de cette personne et l'autorité de contrôle compétente sont alors capables *in fine* d'identifier une personne physique.

Cependant, lorsque des données issues de ces mêmes banques de données sont transmises vers un destinataire, l'identification de ce destinataire n'est possible que lorsqu'il s'agit d'une personne physique clairement identifiée. Si cette communication ou ce transfert concerne une personne morale ou 'un *single point of contact technique*' (SPOC), chargé d'assurer le dispatching en interne de son organisation, les fichiers de journaux de la police ne contiendront qu'une trace de l'envoi vers cette personne morale ou ce SPOC technique. Il s'agira bien

entendu dans ce cas pour ce destinataire de prendre les mesures techniques et organisationnelles requises et par exemple de pouvoir à son tour tracer via des fichiers de journaux l'utilisation des données qui sera subséquemment réalisée » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 19-20).

Artikel 44/4 § 2 Absatz 5 des Gesetzes über das Polizeiamt sieht vor, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Sicherheit der Protokolldateien zu gewährleisten, da die Integrität der Daten der Protokolldateien im Rahmen der Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitungen besonders wichtig ist (ebenda, S. 20).

Aufgrund von Artikel 56 § 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 stellen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter die Protokolldateien dem Kontrollorgan auf Anforderung zur Verfügung.

B.31.5. Aufgrund von Artikel 44/4 § 2 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, bestimmen der Minister des Innern und der Minister der Justiz, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit, anhand von « verbindlichen Richtlinien » die Maßnahmen, die notwendig sind, um die Verwaltung und die Sicherheit der personenbezogenen Daten und Informationen, die in den in Artikel 44/2 erwähnten Datenbanken verarbeitet werden, das heißt in den operativen polizeilichen Datenbanken, in den gemeinsamen Datenbanken und in den technischen Datenbanken, zu gewährleisten.

Aufgrund von Artikel 44/4 § 3, § 4 Absatz 1 und § 6 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, bestimmen dieselben Minister durch « eine im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichte allgemeine und verbindliche Richtlinie » (1) die Regeln für den Zugriff von Mitgliedern der Polizeidienste auf die operativen polizeilichen Datenbanken und die technischen Datenbanken (Artikel 44/4 § 3), (2) die Modalitäten für die Verknüpfung der polizeilichen Datenbanken miteinander oder mit anderen Datenbanken, auf die die Polizeidienste Zugriff haben (Artikel 44/4 § 4 Absatz 1) sowie (3) die angemessenen, sachdienlichen und nicht übertriebenen Maßnahmen in Bezug auf die Verknüpfung oder die Korrelation zwischen den technischen Datenbanken und den operativen polizeilichen Datenbanken und den gemeinsamen Datenbanken oder anderen Datenbanken, auf die die Polizeidienste Zugriff haben (Artikel 44/4 § 6).

B.32.1. Der Ministerrat macht die Unzulässigkeit des zweiten Teils des einzigen Klagegrunds wegen Verspätung geltend, mit der Begründung, dass Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes in Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt Abänderungen rein gesetzgebungstechnischer Art einfügt.

B.32.2. Wie in B.28.2 erwähnt, ist zu prüfen, ob die Klage gegen neue Bestimmungen gerichtet ist oder ob sie nicht abgeänderte Bestimmungen betrifft.

B.32.3. Die Beschwerdegründe der klagenden Partei sind hauptsächlich gegen die Paragraphen 3 und 4 von Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, gerichtet.

Mit Paragraph 3 von Artikel 44/4 wird eine Regel eingeführt, die in Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt in der vor seiner Abänderung durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes geltenden Fassung nicht existierte.

Außerdem wurde der Inhalt des früheren Paragraphen 3 von Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt teilweise in Paragraph 4 von Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt übernommen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 21). Mit einem Abänderungsantrag Nr. 5, der bei der Diskussion im Ausschuss gestellt wurde, wurde der Begriff « Richtlinie », der in dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag vorgesehen war, durch den Ausdruck « eine im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichte allgemeine und verbindliche Richtlinie » ersetzt (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 57; DOC 54-3697/005, S. 6; DOC 54-3697/006, SS. 4 und 8). Durch diese Abänderung hat der Gesetzgeber seine Absicht zum Ausdruck gebracht, erneut in Bezug auf die Regel, die in Artikel 44/4 § 4 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes erwähnt ist, Recht zu setzen.

Die Einrede wird abgewiesen.

Was die Ermächtigung der Minister des Innern und der Justiz, die Regeln für den Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken und deren Verknüpfungsmodalitäten zu bestimmen, betrifft

B.33. Nach Auffassung der klagenden Partei verstößt die angefochtene Bestimmung gegen das Legalitätsprinzip, insofern der Gesetzgeber den Ministern des Innern und der Justiz übermäßige Befugnisse in Bezug auf die Regeln für den Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken und deren Verknüpfungsmodalitäten verliehen habe.

B.34. Da der Beschwerdegrund der klagenden Partei gegen Artikel 44/4 § 3 und § 4 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, gerichtet ist, beschränkt der Gerichtshof seine Prüfung auf diese Bestimmung.

B.35.1. Aus den Vorarbeiten geht hervor, dass die Entscheidung, es den Ministern des Innern und der Justiz zu übertragen, die Regeln für den Zugriff auf die operativen polizeilichen Datenbanken und auf die technischen Datenbanken sowie die Modalitäten für die Verknüpfung von sämtlichen polizeilichen Datenbanken zu bestimmen, mit dem Bestreben, die Einheitlichkeit und Vorhersehbarkeit der Verwaltung polizeilicher Informationen sicherzustellen, und damit begründet wurde, dass diese Maßnahmen zur Zuständigkeit des Verantwortlichen gehören (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 18, 24 und 25; DOC 54-3697/005, S. 6).

Die Präzisierung, dass die vorerwähnten Minister diese Regeln für den Zugriff und diese Verknüpfungsmodalitäten durch « im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichte allgemeine und verbindliche Richtlinien » bestimmen, wurde im Wege eines Abänderungsantrags eingefügt, « um die erforderliche Transparenz zu gewährleisten » (ebenda, DOC 54-3697/005, S. 6).

B.35.2. Artikel 44/4 § 4 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt sieht vor, dass in den Richtlinien über die Modalitäten zur Verknüpfung der Datenbanken « auf der Grundlage der sachdienlichen, angemessenen und nicht übertriebenen Beschaffenheit » zumindest « die Datenbankkategorien, die miteinander verknüpft werden können, die Modalitäten in Bezug auf die Verknüpfung und die Regeln für den Zugriff der Mitglieder der Polizeidienste in Bezug auf das Vorhandensein einer sachdienlichen Information in diesen verknüpften Datenbanken oder gegebenenfalls auf die Daten selbst sowie auf die sich daraus ergebenden Verarbeitungen » bestimmt werden. In den Vorarbeiten heißt es:

« Un alinéa a également été inséré dans le paragraphe *3bis*, [devenu § 4] afin de permettre aux deux ministres de tutelle de déterminer les critères (p. ex. : octroyer les profils d'accès en fonction des besoins, sécurisation, ...) auxquels doit satisfaire une telle interconnexion ainsi que de déterminer quelles banques de données peuvent être interconnectées » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 23).

Der ursprüngliche Text des Gesetzesvorschlags bestimmte:

« Ces directives déterminent au moins, sur la base du caractère pertinent, adéquat et non excessif, les catégories de banques de données qui peuvent être connectées entre elles, les modalités relatives à l'interconnexion et les règles d'accès des membres des services de police aux traitements qui en résultent » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 57).

Die Einfügung der Worte « in Bezug auf das Vorhandensein einer sachdienlichen Information in diesen verknüpften Datenbanken oder gegebenenfalls auf die Daten selbst sowie » wurde durch den Abänderungsantrag Nr. 6 zum Gesetzesvorschlag vorgeschlagen, um den Grundsatz aufzunehmen, dass der Zugriff auf das Vorhandensein einer sachdienlichen Information vom Zugriff auf diese Information als solcher getrennt werden muss (ebenda, DOC 54-3697/005, SS. 7-8).

B.35.3. Artikel 44/4 § 5 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt präzisiert, dass die Profile und die in den Paragraphen 3 und 4 erwähnten Zugriffsmodalitäten insbesondere bestimmt werden auf der Grundlage 1) des « Informationsbedarfes, einschließlich der Notwendigkeit, die verarbeiteten Daten abzugleichen oder zu koordinieren »; 2) der gesetzlichen Zwecke der jeweiligen Datenbank; 3) der verschiedenen in Artikel 44/5 erwähnten Personenkategorien; 4) der Bewertung der Daten; 5) des Validierungsstands der verarbeiteten Daten. In den Vorarbeiten heißt es:

« Afin d'encadrer la portée des directives visées à l'article 3 et *3bis* [devenus §§ 3 et 4], un paragraphe *3ter* [devenu § 5] est inséré. La détermination des profils et des modalités d'accès doit tenir compte d'un ensemble de facteurs tels la proportionnalité de l'accès et le besoin d'en connaître, la finalité légale de chaque traitement, la sensibilité ou non des données, ... Les éléments d'évaluation fixés à l'article 239 de la loi relative à la protection des données seront également en compte dans cette détermination » (ebenda, DOC 54-3697/001, S. 24).

Aufgrund von Artikel 44/4 § 5 Absatz 3 des Gesetzes über das Polizeiamt werden die Zugriffsprofile und die Identifizierung der Personen, die über einen Zugriff verfügen, dem Kontrollorgan zur Verfügung gehalten. In den Vorarbeiten heißt es:

« Dans le cadre de leur mission d'autorité de contrôle, les membres de l'Organe de contrôle et de son service d'enquête ont un accès illimité aux traitements effectués par les services de police (cfr article 244 de la loi relative à la protection des données). À ce titre, ils peuvent consulter les profils d'accès et avoir connaissance de la liste des membres du personnel disposant d'un accès » (ebenda).

B.35.4. Aufgrund von Artikel 44/4 § 5 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt müssen die in den Paragraphen 3 und 4 erwähnten Zugriffe « von vornherein oder standardmäßig so konzipiert sein, dass die bewerteten und validierten Daten eindeutig erkennbar sind und vorrangig verwendet werden können ». In den Vorarbeiten heißt es:

« Sur la base des principes du *privacy by design* ou *by default*, les différents accès aux banques de données policières qu'elles soient interconnectées ou non doivent être conçus de sorte que les données évaluées et validées apparaissent de manière claire et puissent être exploitées prioritairement. Ceci est particulièrement important dans des situations de contrôle pouvant avoir des effets sur les droits et libertés des personnes.

Il va de soi qu'il peut être nécessaire de bien juger si une vérification doit être faite lors d'interventions policières dont le but consiste à identifier des personnes, de contrôler la détention d'armes ou d'autres questions de sécurité de cette nature. C'est une première évaluation qui doit être faite, par exemple, dans le cas d'un contrôle sur la voie publique ou de contrôles aléatoires lorsque l'identité d'un suspect ou d'un inculpé n'est pas encore établie. Dans ces cas, une information non validée est importante. Pour faire son évaluation, le fonctionnaire de police doit pouvoir prendre en compte toutes les sources disponibles » (ebenda).

B.35.5. Angesichts dieser neuen Regelung der Zugriffsrechte auf die polizeilichen Datenbanken hat der Gesetzgeber durch Artikel 13 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes Artikel 44/11/2 § 2 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt aufgehoben, der vorsah, dass die personenbezogenen Daten und Informationen, die in den Basisdatenbanken verarbeitet werden, grundsätzlich nur für die Polizeidienste, die sie gespeichert haben, und die Polizeidienste, die sie aufgrund ihrer gesetzlichen Aufträge koordinieren müssen, verfügbar und direkt einsehbar sind (ebenda, DOC 54-3697/001, S. 29).

B.36. Wie in B.13.1 angeführt wurde, gewährleistet Artikel 22 der Verfassung einem jeden Bürger, dass eine Einmischung in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens nur erfolgen kann aufgrund von Regeln, die durch eine demokratisch gewählte beratende Versammlung angenommen wurden, auch wenn eine Ermächtigung einer anderen Gewalt möglich bleibt, sofern die Ermächtigung ausreichend exakt definiert ist und sich auf die

Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat nicht entschieden, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten und der Zugriff auf die verarbeiteten Daten durch die gesetzgebende Gewalt zu regeln sind. Er hat nur betont, dass diese Verarbeitung und dieser Zugriff eine klare, zugängliche und vorhersehbare Grundlage im innerstaatlichen Recht haben müssen (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, §§ 47-63).

Auch der Gerichtshof der Europäischen Union verlangt nur, dass « die gesetzliche Grundlage für den Eingriff in [das Recht auf Achtung des Privatlebens] den Umfang, in dem die Ausübung des betreffenden Rechts eingeschränkt wird, selbst festlegen muss » (EuGH, 6. Oktober 2020, C-623/17, *Privacy International*, Randnr. 65). Er verlangt nicht, dass alle Aspekte dieser Einschränkung durch ein formelles Gesetz geregelt werden.

B.37. Aus dem Wortlaut von Artikel 44/4 § 3 des Gesetzes über das Polizeiamt geht hervor, dass nur die Mitglieder der Polizeidienste Zugriff auf die operativen polizeilichen Datenbanken und die technischen Datenbanken haben. Ihre Profile und Zugriffsmodalitäten werden insbesondere auf der Grundlage des « Informationsbedarfes, einschließlich der Notwendigkeit, die verarbeiteten Daten abzugleichen oder zu koordinieren », der gesetzlichen Zwecke der jeweiligen Datenbank sowie der Bewertung und des Validierungsstands der verarbeiteten Daten bestimmt (Artikel 44/4 § 5 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Der Gesetzgeber hat zudem den Mindestinhalt der Richtlinien über die Modalitäten zur Verknüpfung der Datenbanken festgelegt, indem er insbesondere vorgesehen hat, dass in den Regeln für den Zugriff auf die verknüpften Datenbanken der Zugriff auf das Vorhandensein einer sachdienlichen Information und der Zugriff auf diese Information selbst voneinander getrennt werden müssen (Artikel 44/4 § 4 Absatz 2) und dass der Zugriff auf die Quelldatenbank und die verknüpften Datenbanken so konzipiert sein muss, dass die bewerteten und validierten Daten zuerst verwendet werden können (Artikel 44/4 § 5 Absatz 2).

Es wurde außerdem in den Vorarbeiten präzisiert, dass die Bedingungen und Einschränkungen der Nutzung, die für jedes Personalmitglied aufgrund seines Nutzerprofils für

die Quelldatenbank festgelegt werden, für die verknüpften Datenbanken zur Anwendung kommen:

« Il convient en particulier de souligner expressément que les restrictions et conditions pour l'usage d'une quelconque donnée sont déterminées par les droits d'utilisation tels qu'ils ont été octroyés personnellement à chaque membre du personnel (en fonction de son profil d'utilisateur) par rapport au type de banque de données pouvant être consulté à la base. Par conséquent, les restrictions, et donc les dispositions et possibilités en matière de contrôle par rapport à l'utilisation de données à caractère personnel sont toujours déterminées vis-à-vis de la 'banque de données source' et sont fixées de façon immuable pour l'utilisateur de l'interconnexion'. Le contrôle et les restrictions d'usage sont donc techniquement liés au fichier ou à la source de base, et non à l'application qui facilite l'utilisation des données issues d'une banque de données au moyen d'une interconnexion ou d'un traitement » (*Parl. Dok., Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 23*).

Der Gesetzgeber hat ebenfalls die geltenden Kontrollmaßnahmen festgelegt. Die Zugriffsprofile und die Identifizierung der Personen, die Zugriff auf eine Quelldatenbank und auf die verknüpften Datenbanken haben, werden nämlich dem Kontrollorgan zur Verfügung gehalten (Artikel 44/4 § 5 Absatz 3 des Gesetzes über das Polizeiamt und Artikel 244 des Gesetzes vom 30. Juli 2018). Außerdem erscheinen unter anderem die Begründung der Verknüpfung und die Identifizierung der Person, die die personenbezogenen Daten abgefragt hat, in den Protokolldateien, die dem Kontrollorgan auf Anforderung zur Verfügung stehen (Artikel 44/4 § 2 Absätze 2 und 3 des Gesetzes über das Polizeiamt und Artikel 56 § 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018).

B.38. Der Gesetzgeber hat so die wesentlichen Elemente festgelegt, die bei der Ausarbeitung der Richtlinien über die Regeln für den Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken und über die Modalitäten zu deren Verknüpfung einzuhalten sind.

Aufgrund der weitgehend technischen Natur der Regeln für den Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken und ihrer Verknüpfungsmodalitäten entbehrt es nicht einer vernünftigen Rechtfertigung, dass die Minister des Innern und der Justiz in ihrer Eigenschaft als Verantwortliche ermächtigt sind, diese unter Einhaltung der wesentlichen in Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt festgelegten Elemente zu bestimmen, um den auftretenden technischen Änderungen einheitlich und flexibel Rechnung tragen zu können.

Aufgrund von Artikel 239 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 muss das Kontrollorgan mittels Untersuchungen der Funktionsweise im Übrigen prüfen, ob der Inhalt der Datenbanken und das Verfahren für die Verarbeitung der darin gespeicherten Daten und Informationen mit den Bestimmungen der Artikel 44/1 bis 44/11/13 des Gesetzes über das Polizeiamt in Übereinstimmung stehen. Das Kontrollorgan, das diesbezüglich aus eigener Initiative handeln kann, kann auch darum gebeten werden, unter anderem durch die Datenschutzbehörde, die Abgeordnetenversammlung und die Gerichtsbehörden (Artikel 237 des Gesetzes vom 30. Juli 2018). Insofern die durch die Minister des Innern und der Justiz erstellten Richtlinien nicht mit Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt übereinstimmen sollten, obliegt es dem Kontrollorgan, gegebenenfalls auf Bitte der in Artikel 237 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 angeführten Organe und Behörden, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um diese Gesetzeswidrigkeit zu beheben.

Die Richtlinien über die Zugriffsregeln und Verknüpfungsmodalitäten der Datenbanken werden darüber hinaus im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht. Sie sind daher genauso öffentlich wie das angefochtene Gesetz, das deren wesentliche Elemente festlegt. Der Gesetzgeber hat die in B.42.5 erwähnten Ermächtigungen so mit einer besonderen Garantie in Bezug auf das Recht auf Achtung des Privatlebens versehen.

Gegebenenfalls ist es Sache des zuständigen Richters zu prüfen, ob die Minister des Innern und der Justiz diese Ermächtigungen im Einklang mit Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt und den im Klagegrund angeführten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen genutzt haben.

B.39. Die angefochtene Bestimmung entspricht den in B.36 angeführten Anforderungen.

Was die Vorhersehbarkeit der Begriffe « Datenbankkategorien », « Modalitäten in Bezug auf die Verknüpfung » und « Regeln für den Zugriff » betrifft

B.40. Nach Auffassung der klagenden Partei mangelt es der angefochtenen Bestimmung an Vorhersehbarkeit, insofern darin die Begriffe « Regeln für den Zugriff », « Modalitäten in Bezug auf die Verknüpfung » und « Datenbankkategorien » nicht präzisiert seien.

B.41. Wie in B.13.2 erwähnt, beinhaltet das Erfordernis der Vorhersehbarkeit auf dem Gebiet des Datenschutzes, dass im Gesetz ausreichend präzise die Umstände vorgesehen sind, unter denen die Verarbeitungen von personenbezogenen Daten zulässig sind.

B.42.1. Aufgrund von Artikel 44/4 § 3 des Gesetzes über das Polizeiamt bestimmen die Minister des Innern und der Justiz «die Regeln für den Zugriff» der Mitglieder der Polizeidienste auf die operativen polizeilichen Datenbanken und die technischen Datenbanken.

B.42.2. Da der Ausdruck «Zugriff» weder in dem angefochtenen Gesetz noch in den Vorarbeiten definiert ist, ist er gemäß der Bedeutung auszulegen, den er im allgemeinen Sprachgebrauch hat.

Im allgemeinen Sprachgebrauch bezeichnet «der Zugriff» im IT-Kontext «die Suche und den Erhalt von Informationen nach einer Verarbeitung». Folglich ermächtigt Artikel 44/4 § 3 des Gesetzes über das Polizeiamt die Minister des Innern und der Justiz, die Regeln zu bestimmen, die es den Mitgliedern der Polizeidienste ermöglichen, Informationen in den operativen polizeilichen Datenbanken und den technischen Datenbanken zu suchen und diese zu erhalten.

B.42.3. Aufgrund von Artikel 44/4 § 4 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt bestimmen die Minister des Innern und der Justiz «die Modalitäten in Bezug auf die Verknüpfung» der operativen polizeilichen Datenbanken, der gemeinsamen Datenbanken und der technischen Datenbanken miteinander oder mit anderen Datenbanken, auf die die Polizeidienste Zugriff haben.

Der Ausdruck «Modalität» ist weder im angefochtenen Gesetz noch in den Vorarbeiten definiert. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist die «Modalität» die «besondere Form einer Handlung, eines Umstands, eines Gedankens, eines Wesens oder eines Objekts».

Was den Ausdruck «Verknüpfung» betrifft, ist auf Artikel 26 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 Bezug zu nehmen, der «Verarbeitung» als «jeden mit oder ohne Hilfe automatischer Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen,

das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung von Daten » definiert.

Wenn sie sich auf Datenbanken bezieht, ist die « Verknüpfung » daher ein Verarbeitungsvorgang mit Hilfe automatischer Verfahren im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten.

Aus den Vorarbeiten geht weiterhin hervor, dass die in Artikel 44/4 § 4 des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnte Verknüpfung von Datenbanken bezweckt, die verschiedenen polizeilichen Datenbanken sowie die anderen Datenbanken, auf die die Polizeidienste Zugriff haben, miteinander zu verbinden, um die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die sich aus dieser Verknüpfung ergeben, zu ermöglichen:

« Le paragraphe 3 est également remplacé, et un paragraphe *3bis* et un paragraphe *3ter* sont ajoutés, afin de donner un cadre légal clair aux applications existantes sur le terrain ainsi qu’au concept total ‘ *i-Police* ’, en permettant également, outre les interconnexions de banques de données, davantage de traitements dans ces banques de données.

[...] Le paragraphe *3bis* reprend le contenu de l’ancien paragraphe 3 tout en l’adaptant à la formulation utilisée au paragraphe 4, tel qu’inséré par la loi ‘ caméra ’ du 21 mars 2018. Ce paragraphe vise donc désormais l’interconnexion de banques de données avec les traitements qui en découlent.

L’article 44/4 de la [loi sur la fonction de police] avait été introduit précédemment par la loi du 18 mars 2014 afin de, notamment, donner aux ministres de tutelle la possibilité de permettre à la police d’interconnecter les banques de données policières sur le terrain, ainsi que d’autres banques de données auxquelles la police a accès.

Bien que l’exposé des motifs de la loi précitée ne le précise pas, il semble logique qu’une interconnexion entre des banques de données ne soit utile que si les données interconnectées peuvent également être traitées. Le concept d’interconnexion implique également les traitements subséquents » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 20-21).

In den Vorarbeiten wird ebenfalls erwähnt:

« La police doit en effet pouvoir collecter des informations sur le terrain avec les outils ICT modernes disponibles, et ce d’une manière et efficace. Par exemple, lors du constat d’un accident de roulage, un fonctionnaire de police peut contrôler sur place les plaques d’immatriculation et consulter les données relatives au contrôle technique; lors du constat d’une effraction, la police peut vérifier qui habite à une adresse déterminée; lors du contrôle d’identité d’une personne dans le cadre d’un contrôle de circulation ou lors d’une mission d’assistance à

un huissier de justice, la consultation de la B.N.G. ou du Registre national peut s'avérer nécessaire; lors du contrôle d'un musicien de rue, il peut s'avérer nécessaire de vérifier si la personne concernée est titulaire d'une autorisation de la commune; ... Pour des raisons d'efficacité opérationnelle, toutes ces consultations doivent pouvoir être effectuées sur le terrain par un membre des services de police au départ d'un 'environnement unique'. Si ces données ne peuvent pas être fournies de façon 'interconnectée', cela implique la consultation séparée de toutes les sources de données dans lesquelles des informations peuvent être disponibles. La communication permanente par radio, peut représenter une lourde charge pour le réseau radio, en particulier en situation de crise. C'est non seulement la perte de temps, mais surtout le risque d'une importante perte de qualité (en raison de manipulations trop nombreuses) qui justifient de mettre ces données à disposition de manière 'intégrée'. L'interconnexion de données issues de plusieurs sources (validées de façon autonome) et leur traitement dans un outil facile d'utilisation pour l'utilisateur final, sont inhérents au travail policier actuel, moderne, efficient et, surtout, sûr et sécurisé » (ebenda, SS. 22-23).

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass Artikel 44/4 § 4 des Gesetzes über das Polizeiamt die Minister des Innern und der Justiz ermächtigt, die verschiedenen Weisen zu bestimmen, wie die verschiedenen polizeilichen Datenbanken miteinander oder mit anderen Datenbanken, auf die die Polizeidienste Zugriff haben, verbunden werden, um die Verarbeitung der aus dieser Verknüpfung stammenden personenbezogenen Daten zu ermöglichen.

B.42.4. Aufgrund von Artikel 44/4 § 4 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt werden in den Richtlinien über die Modalitäten zur Verknüpfung der Datenbanken zumindest die « Datenbankkategorien » bestimmt, die miteinander verknüpft werden können.

Aus dem Verweis in Artikel 44/4 § 4 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt auf die « in Artikel 44/2 erwähnten » Datenbanken sowie aus den in B.46.2 zitierten Vorarbeiten geht hervor, dass die in Artikel 44/4 § 4 Absatz 2 desselben Gesetzes erwähnten « Datenbankkategorien » die operativen polizeilichen Datenbanken (die wiederum in drei Unterkategorien unterteilt sind: die AND, die Basisdatenbanken und die besonderen Datenbanken), die gemeinsamen Datenbanken und die technischen Datenbanken sind.

B.43. Insoweit er sich auf die Bedeutung der Begriffe bezieht, die in Artikel 44/4 §§ 3 und 4 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, enthalten sind, ist der zweite Teil des einzigen Klagegrunds unbegründet.

Was den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit betrifft

B.44. Nach Auffassung der klagenden Partei hat die in der angefochtenen Bestimmung vorgesehene Verknüpfung der polizeilichen Datenbanken unverhältnismäßige Folgen für die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens.

B.45.1. Der Grundsatz 5.1 der Empfehlung Nr. (87) 15 bestimmt:

« La communication de données entre services de police en vue d'une utilisation à des fins de police ne devrait être permise que s'il existe un intérêt légitime à cette communication dans le cadre des attributions légales de ces services ».

B.45.2. Wie in B.4.5 erwähnt, muss eine Einmischung der Behörden in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens nicht nur auf einer ausreichend präzisen gesetzlichen Bestimmung beruhen, sondern auch einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entsprechen und im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel stehen.

Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten sind u.a. deren automatischer Charakter, die verwendeten Techniken, der Genauigkeitsgrad, die Relevanz, der gegebenenfalls außergewöhnliche Charakter der zu verarbeitenden Daten, das etwaige Vorhandensein von Maßnahmen zur Begrenzung der Datenspeicherfrist, das etwaige Vorhandensein eines unabhängigen Überwachungssystems, mit dem geprüft werden kann, ob eine Datenspeicherung weiterhin erforderlich ist, das etwaige Vorhandensein von ausreichenden Kontrollrechten und Rechtsbehelfen für die betroffenen Personen, das etwaige Vorhandensein von Garantien zur Vermeidung einer Stigmatisierung der Personen, deren Daten verarbeitet werden, der unterscheidende Charakter der Regelung und das etwaige Vorhandensein von Garantien zur Vermeidung einer falschen Nutzung und von Missbrauch der verarbeiteten personenbezogenen Daten durch öffentliche Behörden zu berücksichtigen (Entscheid Nr. 27/2020 vom 20. Februar 2020, B.8.3; Entscheid Nr. 108/2016 vom 14. Juli 2016, B.12.2; Entscheid Nr. 29/2018 vom 15. März 2018, B.14.4; EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, § 59; Entscheidung, 29. Juni 2006, *Weber und Saravia gegen Deutschland*, § 135; 28. April 2009, *K.H. u.a. gegen Slowakei*, §§ 60-69; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, §§ 101-103, 119, 122 und 124; 18. April 2013, *M.K. gegen*

Frankreich, §§ 37 und 42-44; 18. September 2014, *Brunet gegen Frankreich*, §§ 35-37; 12. Januar 2016, *Szabó und Vissy gegen Ungarn*, § 68; EuGH, Große Kammer, 8. April 2014, C-293/12, *Digital Rights Ireland Ltd*, und C-594/12, *Kärntner Landesregierung u.a.*, Randnrn. 56-66). Die von den Behörden eingesetzten Vorrichtungen zur Erfassung in einer Datenbank, um zur Verfolgung und Verhütung bestimmter Straftaten beizutragen, dürfen nicht nach einer überzogenen Logik der Maximalisierung von darin eingegebenen Informationen umgesetzt werden. Ohne Beachtung einer notwendigen Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die ihnen zugewiesenen legitimen Ziele würde der Nutzen, den sie bringen, mit den schweren Beeinträchtigungen belastet, die durch sie bei den Rechten und Freiheiten entstehen würden, die die Staaten nach der Europäischen Menschenrechtskonvention für Personen innerhalb ihres Hoheitsgebiets gewährleisten müssen (EuGHMR, 22. Juni 2017, *Aycaguer gegen Frankreich*, § 34).

In Bezug auf die Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes geht aus der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union hervor, dass der Schutz des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens auf Unionsebene verlangt, dass sich die Ausnahmen und Einschränkungen in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten auf das « absolut Notwendige » beschränken (Urteile vom 16. Dezember 2008, *Satakunnan Markkinapörssi und Satamedia*, C-73/07, Randnr. 56, 8. April 2014, *Digital Rights Ireland u. a.*, C-293/12 und C-594/12, Randnrn. 51 und 52, 6. Oktober 2015, *Schrems*, C-362/14, Randnr. 92, 21. Dezember 2016, *Tele2 Sverige und Watson u. a.*, C-203/15 und C-698/15, Randnrn. 96 und 103; 6. Oktober 2020, *La Quadrature du Net u.a.*, C511/18, C-512/18 und C-520/18, Randnr. 130).

B.46.1. Für die von den Polizeidiensten durchgeführten Verarbeitungen von personenbezogenen Daten aus einer Verknüpfung von Datenbanken gelten die Garantien, die auf jede von den Polizeidiensten durchgeführte Verarbeitung personenbezogener Daten Anwendung finden.

Aufgrund von Artikel 44/1 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt können die Polizeidienste nämlich nur personenbezogene Daten verarbeiten, sofern diese Daten « angesichts der verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Zwecke, für die sie erhoben und später verarbeitet werden, angemessen, sachdienlich und nicht übertrieben sind ». Sofern bestimmte Daten zu einer Person, die dank der Verknüpfung von Datenbanken erhalten wurden, hinsichtlich der

verfolgten verwaltungs- und gerichtspolizeilichen Zwecke nicht sachdienlich sein sollten, dürfen sie somit von den Polizeidiensten nicht verarbeitet werden. Das Gleiche gilt unter anderem für Daten, die hinsichtlich der Zielsetzungen « übertrieben » sind. Was die Daten aus verknüpften Datenbanken betrifft, ergibt sich dieses Erfordernis ebenfalls aus Artikel 44/4 § 4 Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, der vorsieht, dass sich die Regeln für den Zugriff der Mitglieder der Polizeidienste auf verknüpfte Datenbanken auf das Vorhandensein einer « sachdienlichen » Information darin (und gegebenenfalls auf den Zugriff auf diese Information selbst) beziehen. Zudem werden nach Artikel 44/4 § 5 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt die Profile und die Modalitäten für den Zugriff auf die verknüpften Datenbanken insbesondere auf der Grundlage des « Informationsbedarfes, einschließlich der Notwendigkeit, die verarbeiteten Daten abzugleichen oder zu koordinieren » bestimmt.

Aufgrund von Artikel 144 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998, eingefügt durch Artikel 31 des angefochtenen Gesetzes, muss jeder Verantwortliche, jede Polizeizone, das Generalkommissariat, jede Generaldirektion und jede Direktion der föderalen Polizei einen « Datenschutzbeauftragten » benennen, der unter anderem damit beauftragt ist, den Verantwortlichen und die Personen, die die Verarbeitung durchführen, über ihre Pflichten auf dem Gebiet des Schutzes des Privatlebens zu unterrichten und zu beraten, die Einhaltung der Rechtsvorschriften und internen Regeln des Verantwortlichen auf diesem Gebiet zu überwachen und mit dem Kontrollorgan zusammenzuarbeiten (Artikel 65 des Gesetzes vom 30. Juli 2018). Die Beauftragten erfüllen ihre Aufgaben vollständig unabhängig.

Die Polizeidienste werden durch das Kontrollorgan kontrolliert, das aufgrund von Artikel 239 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 unter anderem die Aufgabe hat zu prüfen, ob der Inhalt der Datenbanken und das Verfahren zur Verarbeitung der darin gespeicherten Daten und Informationen mit den Bestimmungen der Artikel 44/1 bis 44/11/13 des Gesetzes über das Polizeiamt in Übereinstimmung stehen. Außerdem geht aus Artikel 239 § 3 Nr. 2 und 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 hervor, dass sich die Kontrollbefugnis des Kontrollorgans insbesondere auf die Einhaltung der Bestimmungen zum Empfang und zur Mitteilung von Daten und Informationen durch die gesetzlich ermächtigten Behörden und Dienste bezieht. Das Kontrollorgan ist folglich befugt zu prüfen, ob die Mitteilung von Daten zwischen Polizeidiensten dank der Verknüpfung der Datenbanken mit Artikel 44/4 des Gesetzes über das Polizeiamt in Einklang steht.

Die Befugnisse der Polizeidienste werden ebenfalls begrenzt durch Gesetzesbestimmungen, die sich auf den Zeitraum, in dem personenbezogene Daten in den polizeilichen Datenbanken verfügbar bleiben, und auf die Archivierung dieser Daten, den Zeitraum der Archivierung und die Zugänglichkeit dieser Archive beziehen (Artikel 44/9, 44/10 und 44/11/2 §§ 2 ff. des Gesetzes über das Polizeiamt).

Aufgrund von Artikel 44/3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt müssen die personenbezogenen Daten schließlich gemäß dem Gesetz vom 30. Juli 2018 verarbeitet werden, sodass die in diesem Gesetz vorgesehenen Garantien ebenfalls zur Anwendung kommen.

B.46.2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten aus einer Verknüpfung von Datenbanken durch die Polizeidienste ist zudem mit besonderen Garantien versehen.

Wie in B.37 erwähnt, werden die Profile und Modalitäten für den Zugriff auf verknüpfte Datenbanken insbesondere auf der Grundlage des « Informationsbedarfes, einschließlich der Notwendigkeit, die verarbeiteten Daten abzugleichen oder zu koordinieren », der gesetzlichen Zwecke der jeweiligen Datenbank sowie der Bewertung und des Validierungsstands der verarbeiteten Daten bestimmt (Artikel 44/4 § 5 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt). Diese Zugriffe müssen so konzipiert sein, dass bewertete und validierte Daten zuerst verwendet werden können (Artikel 44/4 § 5 Absatz 2). In den Regeln für den Zugriff auf verknüpfte Datenbanken muss außerdem der Zugriff auf das Vorhandensein einer sachdienlichen Information und der Zugriff auf diese Information selbst voneinander getrennt werden (Artikel 44/4 § 4 Absatz 2).

Hinsichtlich der Kontrolle werden die Zugriffsprofile und die Identifizierung der Personen, die Zugriff haben, dem Kontrollorgan zur Verfügung gehalten (Artikel 44/4 § 5 Absatz 3 des Gesetzes über das Polizeiamt und Artikel 244 des Gesetzes vom 30. Juli 2018). Außerdem erscheinen unter anderem die Begründung der Verknüpfung und die Identifizierung der Person, die die personenbezogenen Daten abgerufen hat, in den Protokolldateien, die dem Kontrollorgan auf Anforderung zur Verfügung stehen (Artikel 44/4 § 2 Absätze 2 und 3 des Gesetzes über das Polizeiamt und Artikel 56 § 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018).

Die Veröffentlichung der Richtlinien über die Modalitäten zur Verknüpfung von Datenbanken im *Belgischen Staatsblatt* stellt ebenfalls eine Garantie gegen die Gefahren des

Missbrauchs und eine unerlässliche Bedingung für die eventuelle Einlegung von Rechtsmitteln dar.

B.46.3. Aufgrund des in B.25.8 zitierten Artikels 59 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 muss der Verantwortliche oder sein Auftragsverarbeiter schließlich vor der Verarbeitung in neu anzulegenden Dateisystemen das Kontrollorgan konsultieren, wenn die Form der Verarbeitung, « insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, Mechanismen oder Verfahren », ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen zur Folge hat. Daraus folgt, dass die Minister des Innern und der Justiz das Kontrollorgan konsultieren müssen, bevor sie Verknüpfungen von Datenbanken und Verarbeitungen, die eine Verknüpfung beinhalten, erlauben.

Diese vorherige Konsultation des Kontrollorgans ist insbesondere im Fall einer Konkretisierung des Projekts « I-Polizei », auf das in den Vorarbeiten Bezug genommen wird (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 3 und 20-23) und zu dem das Kontrollorgan in seiner vorerwähnten Stellungnahme Nr. 9/2018 vom 12. Dezember 2018 bereits angegeben hat, dass nicht feststeht, dass die angefochtene Bestimmung eine für seine Entwicklung ausreichende Rechtsgrundlage darstellt, erforderlich:

« L'Organe de contrôle formule des réserves explicites quant à la question de savoir si l'avant-projet offre bien une base légale (suffisante) pour instaurer le futur concept d' 'i-police ' , ce que l'Exposé des motifs s'empresse de supposer à tort [...]. À l'heure d'aujourd'hui, il n'est pas encore suffisamment évident de savoir ce que comportera précisément le concept précité (en réalité), empêchant *hic* et *nunc* [l'Organe de contrôle] d'évaluer sa compatibilité avec la [loi sur la fonction de police, la loi du 30 juillet 2018] et le RGPD » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/003, S. 42).

B.47. Unter Berücksichtigung des in B.46.3 Erwähnten, ist der zweite Teil des einzigen Klagegrunds unbegründet, insoweit er die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme beanstandet, die durch Artikel 44/4 § 4 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 7 des angefochtenen Gesetzes, eingeführt wurde.

Was die vorherige Konsultation des Kontrollorgans und die Verpflichtung zur Notifizierung im Fall einer Berichtigung oder Löschung betrifft

B.48. Insoweit die klagende Partei anführt, dass in der angefochtenen Bestimmung keine Konsultation des Kontrollorgans vor der Verarbeitung personenbezogener Daten in neu anzulegenden Dateisystemen vorgesehen sei, ist ihr Beschwerdegrund unbegründet, da dieser Aspekt durch den vorerwähnten Artikel 59 § 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geregelt ist.

Unter Berücksichtigung des in B.46.3 Erwähnten besteht kein Anlass, den Gerichtshof der Europäischen Union mit der von der klagenden Partei vorgeschlagenen Vorabentscheidungsfrage zu befassen.

B.49. Insoweit die klagende Partei anführt, dass in der angefochtenen Bestimmung nicht vorgesehen sei, den Empfängern von Daten zu notifizieren, dass diese berichtigt oder gelöscht worden sind, ist ihr Beschwerdegrund unbegründet, da dieser Aspekt durch Artikel 39 § 6 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geregelt ist.

In Bezug auf die Verarbeitung von Daten über Personen, die Gegenstand einer administrativen Maßnahme sind (Artikel 44/5 § 1 Absatz 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Polizeiamt)

B.50. Im dritten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass der in Artikel 44/5 § 1 Absatz 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 8 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes, verwendete Ausdruck « administrative Maßnahme » nicht ausreichend klar sei.

B.51. Artikel 44/5 § 1 Absatz 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 8 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes, bestimmt:

« Les données à caractère personnel traitées dans les banques de données visées à l'article 44/2, § 1er, alinéa 2, 1° et 2°, aux fins de police administrative sont les suivantes :

[...]

7° les données relatives aux personnes faisant l'objet d'une mesure administrative prise par une autorité administrative compétente et que les services de police sont chargés de suivre par ou en vertu de la loi, du décret ou de l'ordonnance ».

Aufgrund dieser Bestimmung werden die personenbezogenen Daten in Bezug auf « Personen, die Gegenstand einer von einer zuständigen Verwaltungsbehörde ergriffenen administrativen Maßnahme sind, mit deren Verfolgung die Polizeidienste durch oder aufgrund des Gesetzes, des Dekrets oder der Ordonnanz beauftragt sind » in der AND oder in den Basisdatenbanken zu verwaltungspolizeilichen Zwecken verarbeitet.

B.52.1. In den Vorarbeiten wurde diese neue Kategorie kommentiert wie folgt:

« La disposition 7° est avant tout insérée à l'article 44/5, § 1er, parce que les nouvelles règles en matière de protection des données imposent de définir les catégories de données à caractère personnel.

La disposition visée au 7° porte sur les mesures administratives prises par une autorité administrative compétente à l'égard d'une personne ou d'un établissement, à l'égard desquelles les services de police doivent assurer un contrôle et un suivi en vertu de la loi. Il s'agit concrètement entre autres, mais pas exclusivement, des décisions prises par les autorités de police administrative (le ministre de l'Intérieur, le gouverneur ou le bourgmestre) dans le cadre de législations particulières telles que la nouvelle loi communale (articles 129, 134-135), loi du 24 février 1921 concernant le trafic des substances vénéneuses, soporifiques, stupéfiantes, psychotropes, désinfectantes ou antiseptiques et des substances pouvant servir à la fabrication illicite de substances stupéfiantes et psychotropes (article 9bis), la loi du 24 mars 1987 relative à la santé des animaux (mesure visant à prévenir et à combattre des maladies animales, comme la mise en place d'une zone de protection censée empêcher la propagation de la peste porcine africaine), mais également de sanctions prises par d'autres autorités compétentes, par exemple dans le cadre de la loi du 24 juin 2013 relative aux sanctions administratives communales (suspension ou retrait d'une autorisation ou d'un permis, fermeture temporaire ou définitive d'un établissement) ou par la cellule Football du SPF Intérieur (interdiction administrative de stade, interdiction administrative de périmètre, interdiction temporaire de quitter le territoire) dans le cadre de la loi du 21 décembre 1998 relative à la sécurité lors des matches de football (loi football).

Il est en effet parfaitement logique que la police puisse traiter les données relatives à ces personnes dans les banques de données de base et la B.N.G., et puisse consulter ces banques de données dans la mesure où elle doit également pouvoir suivre et contrôler effectivement le bon respect de ces mesures.

Pour répondre au point 9 de l'avis de l'Organe de contrôle, la base légale qui permet à la police de constater les sanctions administratives simples n'est pas la loi sur la fonction de police mais bien les lois, décret ou ordonnances y relatifs. Le traitement réalisé par la police à cet effet se limite à les constater. Par ailleurs, la police peut les constater dans ses outils de traitements mais elle doit les effacer dès lors que l'envoi est réalisé vers le fonctionnaire sanctionneur » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 25-26).

In ihrer vorerwähnten Stellungnahme Nr. 9/2018 vom 12. Dezember 2018, auf die in den Vorarbeiten Bezug genommen wird, hatte das Kontrollorgan angeregt, die Nummer 7 so umzuformulieren, dass der Begriff « Sanktion » darin eingefügt wird:

« [L'Organe de contrôle] propose de faire la clarté et de compléter le point 7° par le terme ' sanction ' et de reformuler légèrement comme suit : ' les données relatives aux personnes faisant l'objet d'une mesure administrative ou d'une sanction administrative prise par une autorité administrative compétente et que les services de police doivent surveiller par ou en vertu de la loi ou dont ils assurent le respect. ' De cette manière, on sait clairement qu'il ne s'agit pas uniquement de décisions prises par une autorité policière administrative (bourgmestre, gouverneur, ministre de l'Intérieur) mais par toute administration qui peut prendre une mesure ou une sanction dont la surveillance du respect ou de l'application relève des missions de la police, et ce par ou en vertu de la loi » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/003, S. 43).

B.52.2. Aus der Formulierung der angefochtenen Bestimmung und den Vorarbeiten geht hervor, dass die Daten über administrative Maßnahmen oder Verwaltungssanktionen einer zuständigen Verwaltungsbehörde, ob polizeilich oder nicht, deren Einhaltung von den Polizeidiensten aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags kontrolliert wird, von den Polizeidienste verarbeitet werden können.

Der Ausdruck « administrative Maßnahmen » kann vernünftigerweise dahin ausgelegt werden, dass er sich insbesondere auf Verwaltungssanktionen bezieht.

B.52.3. Der dritte Teil des einzigen Klagegrunds ist unbegründet.

In Bezug auf die Aufbewahrung und Archivierung der Daten (Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt)

B.53. Im vierten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass das System zur Aufbewahrung und Archivierung der Daten, das in Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 13 des angefochtenen Gesetzes, vorgesehen ist, unverhältnismäßig sei.

B.54. Infolge seiner Abänderung durch die angefochtene Bestimmung bestimmt Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« § 1er. Les banques de données de base sont les banques de données policières créées au profit de l'ensemble de la police intégrée et qui ont pour finalité d'exécuter les missions de police administrative et de police judiciaire en exploitant les données à caractère personnel et informations qui y sont incluses et en informant les autorités compétentes de l'exercice de ces missions.

Ces banques de données sont développées et gérées par la direction de la direction générale de la gestion des ressources et de l'information de la police fédérale, visée à l'article 44/11, § 1er, alinéa 1er.

§ 2. Les données relatives aux missions de police administrative sont accessibles durant cinq ans à partir du jour de leur enregistrement.

Les données relatives aux missions de police judiciaire sont accessibles durant quinze ans à partir du jour de leur enregistrement.

§ 3. Après l'écoulement du délai de quinze ans visé au § 2, alinéa 2, les données à caractère personnel et les informations relatives uniquement aux missions de police judiciaire sont consultables :

1° pendant un nouveau délai de quinze ans et ce, uniquement sur la base du numéro de notice du procès-verbal, du numéro de rapport d'information ou du numéro de dossier;

2° pendant un nouveau délai de trente ans et ce, uniquement dans le cadre d'une enquête relative à des crimes.

§ 4. Par dérogation au § 2, alinéa 2, et au § 3, les données et informations relatives aux missions de police judiciaire relatives à des faits non concrets sont accessibles durant cinq ans à partir de leur enregistrement.

§ 5. Par dérogation au § 2, alinéa 2, et au § 3, les données et informations traitées dans les banques de données de base relatives aux infractions visées à l'arrêté royal du 1er décembre 1975 portant règlement général sur la police de la circulation routière et de l'usage de la voie publique sont accessibles durant cinq ans à partir de leur enregistrement.

§ 6. Les données et informations traitées dans les banques de données de base relatives à la gestion des enquêtes menées dans le cadre d'une information au sens de l'article 28*bis* du Code d'instruction criminelle ou d'une instruction judiciaire au sens de l'article 56 du Code d'instruction criminelle pour laquelle des devoirs d'enquête ont été prescrits à la police sont disponibles durant trente ans à partir du moment où la fin de l'enquête a été communiquée par le magistrat compétent à la police.

Le procureur général compétent peut, dans des circonstances exceptionnelles, décider de manière motivée qu'à l'échéance de ce délai toute ou partie des données d'une enquête contenue dans une banque de données de base relative aux enquêtes doivent être conservées pendant une nouvelle période renouvelable de maximum dix ans.

§ 7. Sans préjudice de la loi du 24 juin 1955 relative aux archives, les données à caractère personnel et les informations sont effacées, après l'écoulement des délais visés au présent article.

§ 8. Tous les traitements réalisés dans les banques de données de base font l'objet d'une journalisation qui est conservée pendant quinze ans à partir du traitement réalisé dans les banques de données de base. Le responsable du traitement peut, si nécessaire, prolonger ce délai de maximum quinze ans ».

B.55.1. Artikel 13 des angefochtenen Gesetzes bezweckt hauptsächlich, den früheren Absatz 1 von Paragraph 2 des Artikels 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt in Anbetracht der neuen Regelung der Zugriffsrechte auf polizeiliche Datenbanken, die nunmehr in Artikel 44/4 §§ 3 ff. des Gesetzes über das Polizeiamt enthalten ist, aufzuheben.

In der angefochtenen Bestimmung ist außerdem eine maximale Frist für die Speicherung der Protokolldateien in einem neuen Paragraphen 8, der in Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt eingefügt wurde, vorgesehen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 29-30).

B.55.2. Wie die klagende Partei selbst angibt, ändert Artikel 13 des angefochtenen Gesetzes nicht die Regeln über die Speicherung der in den Basisdatenbanken enthaltenen Daten ab, die in der früheren Fassung von Artikel 44/11/2 des Gesetzes über das Polizeiamt vorgesehen waren.

B.55.3. Der Beschwerdegrund der klagenden Partei richtet sich nur gegen die Regeln über die Speicherung der in den Basisdatenbanken enthaltenen Daten, die in Artikel 44/11/2 §§ 2 bis 7 des Gesetzes über das Polizeiamt vorgesehen sind, und nicht gegen die in Paragraph 8 dieser Bestimmung eingeführte neue Regel.

Der Beschwerdegrund der klagenden Partei ist folglich gegen Regeln gerichtet, die durch die angefochtene Bestimmung nicht abgeändert wurden.

B.55.4. Der vierte Teil des einzigen Klagegrunds ist unzulässig.

In Bezug auf den direkten Zugriff der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf die AND (Artikel 44/11/8bis des Gesetzes über das Polizeiamt)

B.56. Im sechsten Teil des einzigen Klagegrunds führt die klagende Partei an, dass bei dem direkten Zugriff der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf die AND, der in Artikel 44/11/8bis des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, vorgesehen ist, das Legalitätsprinzip nicht beachtet werde und dass das Recht auf Achtung des Privatlebens und das Recht auf die Unschuldsvermutung in unverhältnismäßiger Weise verletzt würden.

B.57. Die Artikel 44/11/9 bis 44/11/12 des Gesetzes über das Polizeiamt sind Bestandteil von Unterabschnitt 8 (« Mitteilung von Daten und Zugriff auf die AND ») von Abschnitt 1bis dieses Gesetzes.

In dem betreffenden Unterabschnitt wird unterschieden zwischen (1) der Mitteilung von Daten und Informationen aus den polizeilichen Datenbanken, worunter die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus diesen Datenbanken durch gleich welches Mittel zu verstehen ist, (2) dem direkten Zugriff auf die AND, worunter eine automatisierte Verbindung zu der Datenbank zu verstehen ist, und (3) der direkten Abfrage der AND, worunter ein begrenzter direkter Zugriff zu verstehen ist (Artikel 44/11/4).

Im Gegensatz zum « direkten Zugriff » und der « direkten Abfrage » bezieht sich die in dem angefochtenen Gesetz geregelte « Mitteilung von Daten und Informationen » nicht nur auf die in der AND enthaltenen personenbezogenen Daten und Informationen, sondern auch auf diejenigen, die in den Basisdatenbanken und besonderen Datenbanken enthalten sind (Artikel 44/11/4 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt). Eine Mitteilung von Daten und Informationen verläuft überdies, im Gegensatz zum direkten Zugriff und zur direkten Abfrage, nicht über eine automatisierte Verbindung, sodass dieser Mitteilung grundsätzlich eine gezielte Anfrage der betreffenden Behörden, Einrichtungen und Personen vorausgehen muss.

Die Artikel 44/11/7 bis 44/11/12 des Gesetzes über das Polizeiamt regeln die Modalitäten des Zugriffs auf die AND und ihrer direkten Abfrage und der Mitteilung von Daten aus den polizeilichen Datenbanken. Dabei sind Ermächtigungen an den König beziehungsweise an den zuständigen Minister vorgesehen.

B.58. In der vor dem angefochtenen Gesetz geltenden Regelung hatten die Nachrichten- und Sicherheitsdienste ein Recht auf « direkte Abfrage » der AND « m Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge » (Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 2 in Verbindung mit Artikel 44/11/9 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, jeweils eingefügt durch die vorerwähnten Artikel 35 und 32 des Gesetzes vom 18. März 2014). Die Daten aus den polizeilichen Datenbanken konnten ihnen ebenfalls aufgrund von Artikel 44/11/9 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch den vorerwähnten Artikel 32 des Gesetzes vom 18. März 2014, « mitgeteilt » werden. Da die Nachrichten- und Sicherheitsdienste hingegen nicht zu den in den Artikeln 44/7 und 44/8 des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnten Behörden gehörten, verfügten sie nicht über einen « direkten Zugriff » auf die AND (Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 1 in Verbindung mit den Artikeln 44/11/7 und 44/11/8 des Gesetzes über das Polizeiamt, jeweils eingefügt durch die vorerwähnten Artikel 35, 30 und 31 des Gesetzes vom 18. März 2014).

B.59.1. Durch Artikel 20 des angefochtenen Gesetzes wurden in dem vorerwähnten Artikel 44/11/8 des Gesetzes über das Polizeiamt die Wörter « und dem Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse » gestrichen. Infolge dieser Abänderung bestimmt Artikel 44/1/8 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« Les données à caractère personnel et les informations peuvent aussi être communiquées au Comité permanent P et à son Service d'enquêtes, au Comité Permanent R et à son Service d'enquêtes, à l'Organe de contrôle, à l'Inspection générale de la police fédérale et de la police locale pour leur permettre d'exercer leurs missions légales ».

Durch Artikel 22 Nr. 1 des angefochtenen Gesetzes wurde die Nr. 1 des vorerwähnten Artikels 44/11/9 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt gestrichen. Infolge dieser Abänderung bestimmt Artikel 44/11/9 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« Selon les modalités déterminées par les directives des ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de ses compétences, les données à caractère personnel et les informations peuvent également être communiquées aux organes et services suivants pour leur permettre d'exercer leurs missions légales :

- 1° la Cellule de traitement des informations financières;
- 2° l'Office des étrangers;

3° les services d'enquête et recherche et l'administration surveillance, contrôle et constatation de l'Administration générale des douanes et accises ».

Durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes wurde zwischen den so abgeänderten Artikeln 44/11/8 und 44/11/9 des Gesetzes über das Polizeiamt ein neuer Artikel 44/11/8*bis* eingefügt, der bestimmt:

« Selon les modalités déterminées par les directives des ministres de l'Intérieur et de la Justice, chacun dans le cadre de ses compétences, les données à caractère personnel et les informations peuvent aussi être communiquées à l'Organe pour la coordination de l'analyse de la menace et aux services de renseignement et de sécurité, sans préjudice de l'article 14 de la loi organique du 30 novembre 1998 des services de renseignement et de sécurité, pour leur permettre d'exercer leurs missions légales.

Les modalités de communication vers la police des données des services de renseignement sont déterminées dans un instrument juridique dont la date d'entrée en vigueur est simultanée à celle de l'accès direct des services de renseignement et de sécurité à la B.N.G. »

Schließlich wurden durch Artikel 24 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes in Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt die Wörter « in den Artikeln 44/11/7 und 44/11/8 » durch die Wörter « in den Artikeln 44/11/7, 44/11/8 und 44/11/8*bis* » ersetzt. Infolge dieser Abänderung bestimmt Artikel 44/11/12 des Gesetzes über das Polizeiamt:

« § 1er. Le Roi détermine, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, après avis de l'Organe de contrôle :

1° les modalités d'accès direct aux données à caractère personnel et informations contenues dans la B.N.G. pour les autorités visées aux articles 44/11/7, 44/11/8 et 44/11/8*bis* dans le cadre de l'exercice de leurs missions légales;

2° les modalités d'interrogation directe de la B.N.G. pour les autorités visées à l'article 44/11/9, dans le cadre de l'exercice de leurs missions légales.

§ 2. Les modalités d'interrogation directe ou d'accès direct, visées au présent article portent au moins sur :

a) le besoin d'en connaître;

b) les catégories de membres du personnel qui sur la base de l'exécution de leurs missions disposent d'un accès direct à ou d'une possibilité d'interroger directement la B.N.G.;

c) les traitements automatisés qui sont effectués sur la base des données et informations de la B.N.G.;

d) l'obligation du respect du secret professionnel par toutes les personnes qui prennent directement ou indirectement connaissance des données et informations de la B.N.G.;

e) les mesures de sécurité dont notamment :

1° la sécurité des infrastructures et des réseaux;

2° l'obligation de journalisation de toutes les transactions et de conserver ces données de journalisation pendant dix ans minimum;

f) l'obligation de suivre une formation préalablement à l'obtention de l'accès direct ou du droit à l'interrogation directe;

g) l'évaluation de la fiabilité, du milieu et des antécédents des membres du personnel visés au point b) ».

B.59.2. In den Vorarbeiten wird die Bestimmung, die Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes zugrunde liegt, wie folgt kommentiert:

« Articles 20 (modification de l'article 44/11/8) et 21 (introduction article 44/11/8bis)

L'OCAM est supprimé de l'article 44/11/8 et est inséré à l'article 44/11/8bis. Combiné à la suppression du point 1° de l'article 44/11/9, § 1er, qui concerne les services de renseignement (voir infra les modifications portées par l'article 21 [lire : 22]), il s'agit de modifications techniques qui permettent de regrouper dans un seul article deux services clairement identifiés, à savoir d'une part l'OCAM et d'autre part les services de renseignement, afin de pouvoir leur conférer dans l'article 44/11/12 un accès direct à la B.N.G. En soi, le principe reste inchangé dans cet article puisque ces deux services gardent comme par le passé la possibilité de recevoir communication de l'ensemble des données et informations pertinentes dans le cadre de l'exercice de leurs missions.

Comme c'est le cas pour les destinataires visés à l'art. 44/11/9, § 1er, il appartient aux ministres de l'Intérieur et de la Justice de déterminer les modalités de communication de ces données aux destinataires visés à l'art. 44/11/8bis » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, S. 37).

B.59.3. Daraus folgt, dass Artikel 44/11/8bis Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, in einem einzigen Artikel die Regel bezüglich der Übermittlung von Daten und Informationen aus den polizeilichen Datenbanken an das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse und an die Nachrichten- und Sicherheitsdienste zusammenfasst, die zuvor in zwei verschiedenen Bestimmungen enthalten war: Artikel 44/11/8 des Gesetzes über das Polizeiamt und Artikel 44/11/9 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, wie sie vor ihrer jeweiligen Abänderung durch die Artikel 20 und 22 des angefochtenen Gesetzes galten.

Im Übrigen bestimmt aufgrund von Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 24 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, in Verbindung mit Artikel 44/11/8*bis* Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, der König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass nach Stellungnahme des Kontrollorgans die Modalitäten für den « direkten Zugriff » auf die in der AND enthaltenen personenbezogenen Daten und Informationen « für die in den Artikeln 44/11/7, 44/11/8 und 44/11/8*bis* erwähnten Behörden » und somit insbesondere für die in Artikel 44/11/8*bis* Absatz 1 erwähnten Nachrichten- und Sicherheitsdienste im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge. Die Modalitäten müssen sich mindestens auf die in Artikel 44/11/12 § 2 erwähnten Punkte beziehen.

B.60.1. Der Ministerrat führt die Unzulässigkeit des sechsten Teils des einzigen Klagegrunds mit der Begründung an, dass die Erweiterung des direkten Zugriffs auf die AND zugunsten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste in Artikel 24 des angefochtenen Gesetzes und nicht in Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, der die einzige angefochtene Bestimmung sei, vorgesehen sei.

B.60.2. Aus den in B.59.2 zitierten Vorarbeiten und dem Verweis in Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt, abgeändert durch Artikel 24 Nr. 2 des angefochtenen Gesetzes, auf Artikel 44/11/8*bis* des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, geht hervor, dass sich der direkte Zugriff der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf die AND aus der Verbindung dieser beiden Bestimmungen ergibt.

Dass in der Klageschrift nur eine dieser Bestimmungen angegeben ist, hat den Ministerrat nicht daran gehindert, auf die Beschwerdegründe der klagenden Partei zu antworten, sodass die Verteidigungsrechte nicht verletzt wurden.

Der sechste Teil des einzigen Klagegrunds ist zulässig. Der Gerichtshof prüft den Beschwerdegrund der klagenden Partei, insoweit er gegen die beiden vorerwähnten miteinander verbundenen Bestimmungen gerichtet ist.

B.61. Die klagende Partei macht in erster Linie geltend, dass das Recht auf direkten Zugriff auf die AND, das in den angefochtenen Bestimmungen für die Nachrichten- und Sicherheitsdienste vorgesehen sei, nicht mit dem formellen Legalitätsprinzip vereinbar sei.

B.62.1. Aufgrund von Artikel 44/11/12 § 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Polizeiamt in Verbindung mit Artikel 44/11/8*bis* Absatz 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch die angefochtenen Bestimmungen, sind die in den Artikeln 44/11/7, 44/11/8 und 44/11/8*bis* erwähnten Behörden, die einen direkten Zugriff auf die AND erhalten können, die Gerichtsbehörden, die Behörden der Verwaltungspolizei, der Ständige Ausschuss P und sein Enquetendienst, der Ständige Ausschuss N und sein Enquetendienst, das Kontrollorgan, die Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei und das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse und die Nachrichten- und Sicherheitsdienste.

B.62.2. Daraus ergibt sich, dass der Gesetzgeber die Behörden bestimmt hat, die in Frage kommen für einen direkten Zugriff auf die AND, zu denen nun die Nachrichten- und Sicherheitsdienste zählen, und dass er ebenfalls festgelegt hat, dass diese Möglichkeiten ihnen nur gewährt werden können « im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge ».

Die Modalitäten dieses direkten Zugriffs und dieses Rechts der direkten Abfrage müssen aufgrund des Artikels 44/11/12 § 1 durch den König festgelegt werden, nach Stellungnahme des Kontrollorgans.

Artikel 44/11/12 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt bestimmt diesbezüglich ausdrücklich, dass diese Modalitäten sich mindestens beziehen müssen auf: « den Informationsbedarf »; die Kategorien von Personalmitgliedern, die auf der Grundlage der Erfüllung ihrer Aufträge direkten Zugriff auf die AND haben oder eine Möglichkeit haben, die AND direkt abzufragen; die Bewertung der Zuverlässigkeit, des Umfelds und der Vorgeschichte dieser Personen; die automatisierten Verarbeitungen, die auf der Grundlage der Daten und Informationen der AND ausgeführt werden; die Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses durch alle Personen, die direkt oder indirekt Kenntnis von den Daten und Informationen der AND nehmen; die Sicherheitsmaßnahmen, von denen einige ausdrücklich festgelegt sind, und die Pflicht, vor Erhalt des direkten Zugriffs oder des Rechts auf direkte Abfrage eine Ausbildung zu absolvieren.

B.63.1. Wie der Gerichtshof in seinem Entscheid Nr. 108/2016 in Anbetracht der Verschiedenartigkeit der in den Artikeln 44/11/7, 44/11/8 und 44/11/8*bis* des Gesetzes über das Polizeiamt erwähnten Behörden geurteilt hat, konnte der Gesetzgeber den Standpunkt einnehmen, dass der König zu ermächtigen ist, die Modalitäten für den direkten Zugriff festzulegen, um so Regelungen zu schaffen, die die spezifischen gesetzlichen Aufträge, die diese Behörden erfüllen, und die damit verbundenen spezifischen Eigenschaften zu berücksichtigen (B.66.4).

Unter Berücksichtigung des Umstands, dass der Gesetzgeber die Behörden benannt hat, die für einen direkten Zugriff auf die AND in Frage kommen, und dass er die wesentlichen Elemente der fraglichen Modalitäten in Artikel 44/11/12 § 2 des Gesetzes über das Polizeiamt festgelegt hat, verstößt die dem König durch Artikel 44/11/12 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt erteilte Ermächtigung nicht gegen das formelle Legalitätsprinzip, das in Artikel 22 der Verfassung gewährleistet ist.

Da Artikel 44/11/12 § 1 des Gesetzes über das Polizeiamt vorsieht, dass der König diese Modalitäten erst erlassen kann, nachdem er die Stellungnahme des Kontrollorgans erhalten hat, hat der Gesetzgeber die betreffende Ermächtigung außerdem mit besonderen Garantien im Zusammenhang mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens versehen.

B.63.2. Im Übrigen ist der Beschwerdegrund der klagenden Partei, insofern er sich auf die Modalitäten zur Übermittlung von Daten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste an die Polizei, die in Artikel 44/11/8*bis* Absatz 2 des Gesetzes über das Polizeiamt, eingefügt durch Artikel 21 des angefochtenen Gesetzes, erwähnt sind, zu beziehen scheint, nicht ausreichend dargelegt, um verständlich zu sein. Er ist folglich unzulässig.

B.64. Die klagende Partei macht sodann geltend, dass bei dem direkten Zugriff der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf die AND das Zweckprinzip nicht beachtet werde und dass er eine unverhältnismäßige Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens darstelle.

B.65.1. Artikel 5.2.i der Empfehlung Nr. R (87) 15 mit der Überschrift « Weitergabe an andere öffentliche Dienststellen » bestimmt:

« La communication de données à des organes publics ne devrait être permise que, si dans un cas déterminé :

a. il y a obligation ou autorisation légales claires ou autorisation de l'autorité de contrôle, ou si

b. ces données sont indispensables au destinataire pour accomplir sa tâche légale propre et pour autant que le but de la collecte ou du traitement exécuté par ce destinataire n'est pas incompatible avec celui prévu à l'origine et que les obligations légales de l'organe communiquant ne s'y opposent pas ».

B.65.2. Wie in B.4.5 erwähnt, muss eine Einmischung der Behörden in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens nicht nur auf einer ausreichend präzisen gesetzlichen Bestimmung beruhen, sondern auch einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entsprechen und im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel stehen.

B.66.1. Aufgrund von Artikel 44/1 des Gesetzes über das Polizeiamt und von Artikel 27 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, die von den Polizeidiensten erhoben werden, allgemein die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten oder die Strafvollstreckung; diese Verarbeitungen sind in Titel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 geregelt.

Aufgrund von Artikel 44/7 Absatz 1 des Gesetzes über das Polizeiamt sind die Zwecke der Verarbeitung der in der AND enthaltenen Daten insbesondere: Identifizierung der in Artikel 44/5 §§ 1 und 3 erwähnten Personen; Identifizierung der Personen, die Zugriff auf die AND haben; Koordinierung und Abgleich der polizeilichen personenbezogenen Daten und Informationen; Überprüfung der verwaltungspolizeilichen und der gerichtspolizeilichen Vorgeschichte auf nationaler Ebene; Unterstützung bei den von den Polizeidiensten durchgeführten Kontrollen durch Angabe der Maßnahmen, die entweder auf der Grundlage einer Entscheidung der zuständigen Behörden der Verwaltungspolizei oder der Gerichtspolizei oder auf der Grundlage einer vorliegenden verwaltungs- oder gerichtspolizeilichen Vorgeschichte zu treffen sind und Festlegung und Umsetzung der Polizei- und Sicherheitspolitik.

Aufgrund von Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 (der eine Umsetzung von Artikel 9 Absatz 1 der Polizeirichtlinie darstellt) dürfen die von den Polizeidiensten in der AND

für die vorerwähnten Zwecke erhobenen personenbezogenen Daten nicht für andere Zwecke weiterverarbeitet werden, « es sei denn, eine derartige Weiterverarbeitung ist nach Gesetz, Dekret, Ordonnanz, nach dem Recht der Europäischen Union oder nach internationaler Übereinkunft erlaubt ».

B.66.2. Indem die angefochtenen Bestimmungen es den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten erlauben, auf die in der AND enthaltenen Daten zuzugreifen, ermöglichen sie es, dass diese Daten zu anderen Zwecken als den vorerwähnten polizeilichen Zwecken verarbeitet werden, nämlich für die in Artikel 7 und 11 des Gesetzes vom 30. November 1998 « über die Nachrichten- und Sicherheitsdienste » erwähnten Aufträge der Nachrichtendienste.

Daraus ergibt sich, dass die nachrichtendienstlichen Zwecke, die mit der Weiterverarbeitung der in der AND enthaltenen und ursprünglich zu polizeilichen Zwecken erhobenen Daten, verfolgt werden, gemäß Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 vom Gesetz vorgesehen sind.

Da die Tätigkeiten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, unterliegen diese Verarbeitungen ausschließlich Titel 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 (Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a und 9 Absatz 1 zweiter Satz der Polizeirichtlinie; Erwägungsgrund 14 dieser Richtlinie; *Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-3126/001, SS. 743 und 794).

B.67.1. In den Vorarbeiten wurde die angefochtene Maßnahme mit den gesetzlichen Aufträgen der Nachrichten- und Sicherheitsdienste begründet (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 9-41).

Aufgrund der Artikel 7 und 11 des Grundlagengesetz vom 30. November 1998 bestehen die gesetzlichen Aufträge der Nachrichten- und Sicherheitsdienste im Wesentlichen darin, Nachrichten unter anderem in Bezug auf jegliche Aktivität, die die innere oder äußere Sicherheit des Staates gefährdet oder gefährden könnte, zu ermitteln, zu analysieren und zu verarbeiten, und darüber die zuständigen Minister zu informieren.

B.67.2. Diese Ziele stellen Ziele des Allgemeininteresses dar, die eine Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens rechtfertigen können.

B.68. Es ist noch zu prüfen, ob die Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens, die sich aus den angefochtenen Bestimmungen ergibt, ausreichend präzise, verhältnismäßig und auf das « absolut Notwendige » beschränkt ist.

B.69.1. Wie in B.57 angeführt wurde, wird in dem angefochtenen Gesetz unterschieden zwischen (1) der Mitteilung von Daten und Informationen aus den polizeilichen Datenbanken, worunter die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus diesen Datenbanken durch gleich welches Mittel zu verstehen ist, (2) dem direkten Zugriff auf die AND, worunter eine automatisierte Verbindung zu dieser Datenbank zu verstehen ist, und (3) der direkten Abfrage der AND, worunter ein begrenzter direkter Zugriff zu verstehen ist (Artikel 44/11/4 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Aus den Vorarbeiten zum Gesetz vom 18. März 2014 « über die Verwaltung der polizeilichen Informationen und zur Abänderung des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt, des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und des Strafprozessgesetzbuches » geht hervor, dass der Gesetzgeber diese Unterscheidung eingeführt hat, « weil die Einmischung in das Privatleben nicht die gleiche ist, je nachdem, ob es sich um eine Mitteilung von Daten oder einen direkten Zugriff auf diese Daten handelt » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2013-2014, DOC 53-3105/001, S. 54). Der Gesetzgeber war daher der Auffassung, dass in dem Fall, dass den im Gesetz angegebenen Behörden, Diensten, Einrichtungen und Personen die Möglichkeit geboten wird, Daten aus den polizeilichen Datenbanken zu erhalten, die Folgen der Übermittlung dieser Daten auf das Privatleben sowie die Art der Behörden, Dienste, Einrichtungen und Personen, denen diese Daten übermittelt werden, zu berücksichtigen sind. Er ist dabei davon ausgegangen, dass ein direkter Zugriff umfassendere Folgen auf das Privatleben hat als eine direkte Abfrage und eine Mitteilung und dass eine direkte Abfrage das Privatleben mehr beeinträchtigen kann als eine Mitteilung.

B.69.2. In den Vorarbeiten wurde die angefochtene Maßnahme mit den gesetzlichen Aufträgen der Nachrichten- und Sicherheitsdienste und mit der diesen Diensten eigenen Ermittlungs- und Analyseverfahren der Informationen, aber auch mit den unzureichenden bestehenden Formen der « Mitteilung von Daten und Informationen », die in den polizeilichen Datenbanken enthalten sind, und der « direkten Abfrage » der AND begründet:

« L'article 44/11/12 a été adapté pour permettre un accès direct [à] la B.N.G. au profit des services de renseignement.

L'accès direct à la B.N.G. est un point important pour la correcte réalisation des missions légales dévolues aux services de renseignement et de sécurité.

De manière générale, pour pouvoir réaliser leurs missions, les services de renseignement et de sécurité doivent pouvoir mettre en œuvre leur loi organique, et en particulier son article 14, de la manière la plus efficace possible.

Certains types de données et informations policières contenues dans la B.N.G. sont essentiels aux services de renseignement et de sécurité pour réaliser leurs missions de protection, de détection, de prévention et d'entrave des menaces à la ' sécurité nationale ' ou à l'État, qu'il s'agisse de terrorisme ou d'espionnage et d'ingérence.

En effet, les menaces sur lesquelles travaillent les services de renseignement et de sécurité trouvent souvent leurs prémises dans des faits infractionnels ou de menaces à l'ordre public, référencés par la Police dans la B.N.G. et d'autre part, ces menaces peuvent avoir un impact potentiel sur la sécurité/l'ordre public.

L'information policière peut donc pour les services de renseignement et de sécurité, signifier le point de départ d'une enquête de renseignement dans des domaines où il y a notamment une responsabilité partagée (ex. terrorisme ou extrémisme).

Par ailleurs, l'information policière constitue pour les enquêtes de renseignement une information contextuelle historique indispensable des antécédents judiciaires et administratifs concernant des individus ou des données à caractère personnel permettant d'enrichir les informations du renseignement et de répondre aux questions investigatives visant à identifier des personnes, à les localiser (par exemple, tel individu a été verbalisé à tel endroit pour un excès de vitesse permet de le localiser à un moment précis), d'établir des liens entre elles et de définir leurs activités en vue d'évaluer si elles représentent une menace au sens de l'article 8 et de l'art. 11 de la Loi organique des services de renseignement et de sécurité du 30 novembre 1998 (LRS) et d'aider à la prise de décisions politiques, administratives et judiciaires.

D'un point de vue méthodologique, les finalités des services de renseignement et de sécurité impliquent que la formulation d'hypothèses de recherche est au départ très large et se restreint progressivement au travers de la sélection de données à chaque étape du questionnement investigatif pour détecter des targets et des menaces potentielles. Pour les services de renseignement et de sécurité, c'est sur l'utilisation des données, leur sélection, au fil des étapes de la recherche qu'est évaluée la proportionnalité. C'est cette sélection de données pertinentes, dans le contexte de la recherche, qui doit être traitée par les services de renseignements et de sécurité avec la plus grande discrétion.

Il est tellement évident que les données policières sont essentielles à l'exécution des missions des services de renseignement et de sécurité que le principe de l'accès à ces données policières pour les services de renseignement et de sécurité est inscrit dans la [loi sur la fonction de police] depuis 2014 et dans la LRS depuis 2010.

Toutefois, si le besoin est reconnu, la forme actuelle de la communication des données n'est pas idoine et l'appel de la Commission d'enquête parlementaire ' attentats ' dans ses recommandations d'améliorer le partage d'informations doit être comprise dans ce sens.

En effet, actuellement, bien que les échanges d'informations entre les services de police et les services de renseignement soient constants, ils sont réalisés par des mécanismes *ad hoc* au travers de relais formels comme les deux officiers de liaison VSSE auprès de la Police fédérale, ou l'officier de liaison de SGRS ou de contacts ponctuels entre enquêteurs dans des dossiers concrets ou à l'occasion de plateformes de travail (comme entre autres, les LTF et les groupes de travail du Plan R) ou via les mécanismes d'assistance technique ou d'accords informels pris sur la transmission systématique de certains documents sous format mail (par exemple, RIR/RAR en matière de terrorisme), mais souvent aussi à la demande d'un enquêteur des services de renseignement et de sécurité qui transmet sa question investigative à un interlocuteur policier, choisi souvent sur base géographique ou thématique. Si ces échanges sont nombreux, ils ne sont pas standardisés et normalisés. Ils ne concernent souvent que des dossiers où une collaboration existe et permettent difficilement de faire des liens transversaux. Ils requièrent de nombreuses opérations manuelles et par conséquent mobilisent beaucoup de ressources humaines. En termes de sécurité (discrétion des recherches) et de protection des données (minimisation), ces échanges nécessitent en outre des mesures afin de répondre aux obligations de traçabilité et aux nouvelles obligations légales de protection des enquêtes, des sources et de l'identité des agents de renseignement prévues entre autres par la loi relative à la protection des données.

En n'ayant pas accès direct à l'ensemble des informations policières pertinentes pour leurs missions, les services de renseignement et de sécurité se voient forcés de confier/déléguer/transférer de manière inadéquate la recherche, c'est-à-dire la sélection des données, d'un investigateur des services de renseignement et de sécurité - en principe, seul à être investi de cette mission - à potentiellement de multiples interlocuteurs de la Police qui détiennent chacun une partie de la connaissance/de l'accès, en fonction de leur rôle par rapport à l'objet de l'enquête, avec un résultat incertain en ce qui concerne la pertinence.

Par ailleurs, la communication de données ne permet pas aux services de renseignement et de sécurité de s'appuyer sur les informations policières et de les valoriser pleinement dans le cadre renseignement comme base contextuelle pour détecter des menaces potentielles et initier des enquêtes nouvelles.

C'est pourquoi, pour des raisons d'efficacité dans la détection des menaces, de sécurité, d'économie, d'enrichissement et de coordination, et pour préserver la présomption d'innocence et le droit au respect de la vie privée, il est nécessaire qu'un accès direct automatisé à la B.N.G. soit accordé aux services de renseignement et de sécurité » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 39-41).

« Premièrement, pour ce qui concerne la nécessité de conférer un accès direct à la B.N.G. et non une interrogation directe, il s'agit de rappeler que l'interrogation directe est un modèle sous la forme d'un HIT (entité connue)/NO HIT (entité pas connue) avec en cas de HIT un peu d'informations complémentaires dans la réponse fournie. Ceci ne permet pas aux services de renseignement de remplir utilement leurs missions légales. En effet, le modèle de HIT/NO HIT est essentiellement un modèle binaire. On interroge la B.N.G. à propos d'une entité (une personne, un numéro, une plaque, par exemple) et on reçoit une réponse (partielle) uniquement pour ladite entité. Ce dont les services de renseignement ont besoin pour pouvoir remplir

correctement leurs missions, c'est une vue sur le modèle relationnel qui est sous-jacent à la construction de la B.N.G. c'est-à-dire voir l'ensemble des liens entre les entités (voir que telle personne est en lien avec tels faits et que ces faits sont en liens avec d'autres personnes, qui par ailleurs sont connues et liées à des rapports d'informations). Seul un accès direct à la B.N.G. permet aisément d'accéder à ce modèle relationnel. Il ne s'agit bien entendu pas en conférant un accès direct de mettre les services de renseignement sur le même pied que les autorités judiciaires ou de police administrative. En effet, l'accès direct à la B.N.G. ne change en rien la portée des missions légales des services de renseignement mais permet simplement de leur donner ce dont ils ont besoin pour les exercer au mieux.

Deuxièmement, l'Organe de contrôle a des doutes quant à la proportionnalité d'un accès direct pour les services de renseignement. Cependant, force est de constater que dans le cadre des dossiers relatifs au terrorisme, au radicalisme et à l'extrémisme, ... il est nécessaire de connaître, dans le respect des règles de gestion de la B.N.G., tous les antécédents d'une personne, du plus anodin, au plus grave pour se former une image de la dangerosité de la personne ou pour enquêter sur elle (par exemple un PV de roulage tel jour à tel endroit signifie que la voiture immatriculée au nom de cette personne se trouve tel jour à tel endroit). Le législateur a voulu que les services de renseignement puissent travailler de manière exploratoire (ils ne sont pas tenus comme la police à des infractions) et c'est donc logique qu'ils puissent tout voir en ce qui concerne la B.N.G.. C'est aux services de renseignement qu'il appartient ensuite de faire le tri et il n'est pas opérationnellement défendable que ce tri soit fait préalablement. Il est aussi important de noter que l'accès direct ne porte que sur la B.N.G. et pas sur toute l'information des services de police (il n'y a par exemple pas d'accès direct possible pour les banques de données de base). Cet accès direct ne constitue pas une violation de la présomption d'innocence puisque comme mentionné *supra*, les services de renseignement travaillent, bien entendu dans le cadre de leurs missions légales, avec un modèle exploratoire : ce n'est donc pas parce qu'une personne fait l'objet de recherche de la part de services de renseignement qu'elle est coupable. En ce qui concerne l'immixtion dans la vie privée que constitue une consultation d'une banque de données, c'est une question transversale à toutes les consultations et elle n'est pas propre aux services de renseignement » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-3697/001, SS. 43-44).

B.69.3. Die gesetzlichen Aufträge der Polizeidienste unterscheiden sich von denen der Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Diese Aufträge sind jedoch miteinander vereinbar, insofern als sie allgemein zur nationalen Sicherheit beitragen.

Unter Berücksichtigung des Umstands, dass der direkte Zugriff auf die AND, der den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten eingeräumt wird, das Ziel hat, dass diese Dienste den weitest möglichen Zugriff auf die im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufträge verfügbaren Informationen haben - die, wie in den Vorarbeiten betont wurde, unter Einhaltung der Unschuldsvermutung erfüllt werden - ist es in Anbetracht der Ziele des Gesetzgebers nicht unverhältnismäßig, diesen Diensten einen direkten Zugriff auf die AND zu gewähren.

Der Ständige Ausschuss P, der Ständige Ausschuss R und das Kontrollorgan haben ferner die Aufgabe, die Polizeidienste und die Nachrichten- und Sicherheitsdienste zu kontrollieren. Die Aufgaben, die dem Ständigen Ausschuss R und dem Kontrollorgan durch das Gesetz vom 30. Juli 2018 zugeteilt wurden, beziehen sich gerade auf die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes durch die Nachrichten- und Sicherheitsdienste und die Polizeidienste, und dies im Hinblick darauf, dass das Recht auf Achtung des Privatlebens gewährleistet wird. Aufgrund von Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 1991 « zur Regelung der Kontrolle über die Polizei- und Nachrichtendienste und über das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse » bezieht sich die Kontrolle des Ständigen Ausschusses P und des Ständigen Ausschusses R insbesondere auf « den Schutz der Rechte, die die Verfassung und das Gesetz Personen zuerkennen ». Aufgrund von Artikel 236 § 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 ist das Kontrollorgan insbesondere mit der Kontrolle der Einhaltung der Regeln bezüglich des direkten Zugriffs auf die AND beauftragt.

B.69.4. Unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit der von den Polizeidiensten und von den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten verfolgten Verarbeitungszwecke einerseits und der durch den Ständigen Ausschuss P, den Ständigen Ausschuss N und durch das Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen ausgeübten Kontrolle andererseits wurde in den angefochtenen Bestimmungen ein faires Gleichgewicht zwischen dem Recht auf Achtung des Privatlebens und der Zielsetzung auf dem Gebiet des Schutzes der nationalen Sicherheit gefunden.

B.69.5. Der sechste Teil des einzigen Klagegrunds ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage vorbehaltlich der in B.14.5 erwähnten Auslegung und unter Berücksichtigung des in B.46.3 Erwähnten zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 10. März 2022.

Der Kanzler,

Der Präsident,

P.-Y. Dutilleux

P. Nihoul